

ANGELIKA SIEHR

Das Recht am
öffentlichen Raum

Jus Publicum

260

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM
Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 260



Angelika Siehr

Das Recht am öffentlichen Raum

Theorie des öffentlichen Raumes
und die räumliche Dimension von Freiheit

Mohr Siebeck

Angelika Siehr, Studium der Rechts- und Politikwissenschaft in Marburg, Lausanne und Kiel; Master of Laws der Yale Law School; Rechtsanwältin in Kiel; zuvor Promotion und 2011 Habilitation an der Humboldt-Universität zu Berlin; Lehrstuhlvertretungen in Freiburg, Bielefeld und Konstanz; seit WS 2011/12 Professorin für Öffentliches Recht, Völkerrecht, Rechtsphilosophie und Bildungsrecht an der Universität Bielefeld.

ISBN 978-3-16-152450-9 eISBN 978-3-16-152554-4
ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2016 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohr.de

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond Antiqua gesetzt, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Für Harald

Vorwort

Im Sommersemester 2011 wurde die vorliegende Abhandlung von der Juristischen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin als Habilitationsschrift angenommen. Sie ist am Lehrstuhl von Alexander Blankenagel entstanden, der mir stets in großzügiger Weise den für jedes vertiefte wissenschaftliche Arbeiten erforderlichen Freiraum gewährt hat. Auch für die schnelle Erstellung des Erstgutachtens danke ich ihm sehr herzlich. Bernhard Schlink hat nicht nur den Anstoß dafür gegeben, dass ich mich mit dem hochinteressanten Thema des öffentlichen Raumes, das in den letzten Jahren noch an Bedeutung gewonnen hat, so intensiv beschäftigt habe, sondern auch das Zweitgutachten sehr zügig vorgelegt – für beides bin ich ihm zu großem Dank verpflichtet.

Herzlich danken möchte ich ferner meinen Freunden und Kollegen Klaus Joachim Grigoleit, Jens Kersten, Anna-Bettina Kaiser und Tobias Herbst für anregende Diskussionen und weiterführende Hinweise; bezogen auf die spätere Phase der Überarbeitung des Manuskripts in Bielefeld gilt dies insbesondere für Christoph Gusy, dem ich gleichfalls ganz herzlich danke.

Großer Dank geht aber auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an meinem Bielefelder Lehrstuhl, die mich bei der Aktualisierung und der Vorbereitung der Drucklegung des Werkes tatkräftig unterstützt haben. Besonders hervorheben möchte ich meinen wissenschaftlichen Mitarbeiter Mathias Färber und meinen früheren wissenschaftlichen Mitarbeiter Johannes Tellenbröker, vor allem aber meine wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen Tatjana Chionos und Liesa Reffert, die hier am Stärksten eingebunden waren.

Zudem danke ich der DFG für ein Forschungsstipendium, der Konrad-Redecker-Stiftung für einen Druckkostenzuschuss und Dr. Franz-Peter Gillig für die Aufnahme der Arbeit in die Schriftenreihe „Jus Publicum“. Susanne Mang und ihr Team aus dem Bereich Herstellung haben viel Geduld bei den Korrekturdurchläufen bewiesen, auch dafür herzlichen Dank.

Besonderen Dank schulde ich meiner Familie; so danke ich an viele gute Gespräche über dieses Thema mit meinem Vater Dietrich Siehr und vor allem mit meinem Mann Dr. Harald Alberts, der das Entstehen dieser Arbeit von der ersten Überlegung bis zur letzten Korrekturanmerkung begleitet hat.

Bielefeld, im Herbst 2016

Angelika Siehr

Inhaltsübersicht

1. Kapitel:

Wandlungsprozesse und neue Herausforderungen im öffentlichen Raum

§ 1	<i>Einleitung</i>	1
§ 2	<i>Von der Agora zur Shopping-Mall: Skizze der Wandlungen des städtischen öffentlichen Raumes</i>	13
§ 3	<i>Öffentlicher Raum und Freiheit in einer Umbruchsituation</i>	22

2. Kapitel:

Öffentlicher Raum – interdisziplinäres Phänomen und rechtswissenschaftlicher Theorieansatz

§ 4	<i>Öffentlicher Raum als Brücken- und Schlüsselbegriff im transdisziplinären Diskurs</i>	37
§ 5	<i>Vorüberlegungen zu einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes</i>	39
§ 6	<i>Begriffliche und normative Anknüpfungspunkte für eine rechtswissenschaftliche Neukonzeption des öffentlichen Raumes</i>	57

3. Kapitel:

Grundlinien einer materiellen Konzeption des urbanen öffentlichen Raumes

§ 7	<i>Normative Leitbilder für den urbanen öffentlichen Raum</i>	203
-----	---	-----

4. Kapitel:

Das Recht am und das Recht auf öffentlichen Raum

§ 8	<i>Das Recht am öffentlichen Raum</i>	409
§ 9	<i>Das Recht auf öffentlichen Raum</i>	638

5. Kapitel:
Grundzüge einer rechtswissenschaftlichen Theorie
des öffentlichen Raumes – Fazit und Ausblick

§ 10 <i>Funktion und Elemente einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes</i>	647
§ 11 <i>Resümee: Das Recht auf und das Recht am öffentlichen Raum</i> . . .	667
<i>Literaturverzeichnis</i>	687
<i>Personenregister</i>	751
<i>Sachregister</i>	755

Inhaltsverzeichnis

1. Kapitel:

Wandlungsprozesse und neue Herausforderungen im öffentlichen Raum

§ 1	<i>Einleitung</i>	1
	A. Problemstellung	1
	B. Kategorien öffentlicher Räume	12
§ 2	<i>Von der Agora zur Shopping-Mall: Skizze der Wandlungen des städtischen öffentlichen Raumes</i>	13
	A. Bilder der Stadt und vom städtischen Leben in der historischen und ideengeschichtlichen Rückschau	13
	I. Bedeutung der Agora in der griechischen Polis	13
	II. Marktplatz und städtischer öffentlicher Raum in der Neuzeit	15
	B. Aktuelle Entwicklungen in den Städten	17
	I. Privatisierung öffentlicher Räume und Herstellung von Öffentlichkeit in privaten Räumen	17
	1. Vom Marktplatz zur Shopping-Mall, von öffentlichen zu privaten Stadtquartieren	17
	2. Privatisierung von Bahnhofsgebäuden und Herstellung von Öffentlichkeit in Automobilwelten	19
	3. Flughafen-Cities und Cities in Konzernbesitz	19
	II. Kommerzialisierungstendenzen in der Stadtpolitik	20
§ 3	<i>Öffentlicher Raum und Freiheit in einer Umbruchsituation</i>	22
	A. Private Freiheit und öffentlich-rechtliche Bindungen: Relativierung des Privatrechts als paradoxe Konsequenz grenzenloser Privatisierung?	22
	I. Entwicklungsphasen im Verhältnis von öffentlichem Recht und Privatrecht	22

II.	Konsequenzen der Privatisierung für den öffentlichen Raum	23
B.	Gibt es ein Recht auf bzw. am öffentlichen Raum?	27
I.	Geburtsstunden neuer Grundrechte	28
II.	Das Recht auf bzw. am öffentlichen Raum in statu nascendi?	32
 2. Kapitel: Öffentlicher Raum – interdisziplinäres Phänomen und rechtswissenschaftlicher Theorieansatz 		
§ 4	<i>Öffentlicher Raum als Brücken- und Schlüsselbegriff im transdisziplinären Diskurs</i>	37
§ 5	<i>Vorüberlegungen zu einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes</i>	39
A.	Begriffliche Abgrenzungen und Zusammenspiel: Begriff, Konzeption und Theorie des öffentlichen Raumes	39
B.	Grundelemente, Aufbau und Zielsetzung einer Theorie des öffentlichen Raumes	42
C.	Rechtswissenschaftliche Konzeption des öffentlichen Raumes und transdisziplinärer Diskurs	50
I.	Funktion einer rechtswissenschaftlichen Konzeption des öffentlichen Raumes im Spiegel gegenwärtiger Defizite in der Problembearbeitung	50
II.	Öffnung und Schließung gegenüber dem transdisziplinären Diskurs	51
III.	Defizite bisher gängiger Anknüpfungspunkte für die Umschreibung von Raumphänomenen in der Rechtswissenschaft	53
IV.	Resümee und weiteres Vorgehen	56
§ 6	<i>Begriffliche und normative Anknüpfungspunkte für eine rechtswissenschaftliche Theorie des öffentlichen Raumes</i>	57
A.	Begriff und Theorie des Raumes	57
I.	Von der nationalsozialistischen Kontamination zur heutigen Rehabilitation des Raumbegriffs	58
1.	Instrumentalisierung der klassischen Geopolitik durch die nationalsozialistische Ideologie	58

2. ‚Spatial turn‘ in den Geistes- und Kulturwissenschaften	60
3. Der transdisziplinäre Diskurs zum Raum: Philosophische, physikalische, sozialwissenschaftliche und andere Raumkonzeptionen im Überblick	68
II. Stand der Raumdiskussion in der Rechtswissenschaft	72
1. Auseinandersetzung mit der Staats- und Völker- rechtslehre im Dritten Reich	72
2. Fehlen neuer konzeptioneller Ansätze zum Raum	74
3. Anschlussfähigkeit sozialwissenschaftlicher Raum- konzeptionen für die Rechtswissenschaft?	75
4. Grabungen unter Trümmern: Raum und Recht bei Carl Schmitt	78
a) Affinität von Carl Schmitts Raumkonzeption zu den Ideen Martin Heideggers	78
b) Völkerrechtliche Großraumordnung	81
c) Carl Schmitts geschichtsphilosophische Betrachtungen zu Raum und Recht	86
d) Kritische Würdigung	89
III. Grundzüge einer rechtswissenschaftlichen Raumkonzeption	93
1. Ertrag der bisherigen Untersuchung	93
2. Differenzierungen nach Akteuren und Sachbereichen	95
a) Private versus öffentliche Räume	95
b) Reale versus virtuelle Räume	97
c) Beispiele thematisch definierter Räume	98
3. Resümee und Vertiefung: Raum und Recht	100
B. Begriff und Konzeption des Öffentlichen	108
I. Vermessung des Geländes und Planung einer Forschungsreise	111
1. Begriffsgeschichtliche Skizze: Entflechtung unter- schiedlicher Bedeutungsstränge des Öffentlichen	111
2. Weiteres Vorgehen angesichts der interdisziplinären Vielfalt von Forschungsansätzen	117
II. Forschungsreise: Vom ‚Öffentlichen‘ als Rechtsbegriff zum ‚Öffentlichen‘ als Teil einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes	118
1. Standortbestimmung: ‚Öffentlich‘ als Rechtsbegriff	118
2. Koordinaten des Zielgebietes: Zusammentreffen von Strukturmerkmalen des Raumbegriffs mit bestimmten Aspekten des Öffentlichen im urbanen öffentlichen Raum	124

3. Kompass-Funktion: Das ‚Öffentliche‘ und der ‚öffentliche Raum‘ als spezifische Kategorien des politisch-sozialen Lebens	129
a) Öffentlicher Raum in der politischen Theorie Hannah Arendts	132
aa) Zusammenhandeln unter der Bedingung menschlicher Pluralität: Die freiheitssichernde Funktion des öffentlichen Raumes	132
bb) Anschlussfähigkeit der Arendt’schen Konzeption des öffentlichen Raumes für die Rechtswissenschaft	143
cc) Hannah Arendts Verfallsgeschichte des öffentlichen Raumes im Spiegel aktueller Entwicklungen	146
b) Politische Öffentlichkeit als normativer Grundbegriff der Demokratietheorie bei Jürgen Habermas	154
aa) Jürgen Habermas und Hannah Arendt	154
bb) Zur normativen Konzeption der Öffentlichkeit bei Habermas	161
(1) „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ – nur eine Verfallsgeschichte?	163
(2) Politische Öffentlichkeit in „Faktizität und Geltung“	170
(3) Normativität der Öffentlichkeit bei Habermas als ‚missing link‘ zwischen Arendts Modell des öffentlichen Raumes und der ‚Kommunikations- verfassung‘ des Grundgesetzes?	179
c) Öffentlicher Raum und die ‚Kommunikations- verfassung‘ des Grundgesetzes	183
III. Zwischenergebnis	191
C. Theorie des öffentlichen Raumes – rechtswissenschaftliche Perspektive	196
I. Öffentlicher Raum als rechtlich verfasste räumliche Struktur des Öffentlichen: formale und materielle Betrachtungsweise	196
II. Zusammenspiel zwischen dem relationalen rechtswissen- schaftlichen Raumbegriff, den materiellen Komponenten des Öffentlichen und einem (erd-)räumlichen Substrat	200

3. Kapitel:

Grundlinien einer materiellen Konzeption des urbanen öffentlichen Raumes

§ 7 Normative Leitbilder für den urbanen öffentlichen Raum	203
A. Vorüberlegungen: Spezifische Struktur des urbanen öffentlichen Raumes	203

I.	Öffentliche Straße und Marktplatz als Paradigma und Knotenpunkt zweier Raumkonzeptionen	203
1.	Bedeutung des öffentlichen Straßenraumes und des Marktplatzes	203
2.	Raumkonzeptionelle Besonderheit: Die Überlagerung mit dem öffentlichen Raum als Kommunikationsraum	207
II.	Bedeutung als Lebensmittelpunkt	209
1.	Räumliche, zeitliche, soziale und kulturelle Aspekte	209
2.	Infrastruktur	210
III.	Nutzungshandlungen: Struktur, Bedeutung und Konflikte	211
1.	Struktur der Nutzungshandlung	211
2.	Raumkonstitutive Bedeutung der Aneignung und Nutzung des öffentlichen Raumes durch die Bürgerinnen und Bürger	211
3.	Allmendecharakter und Nutzungskonflikte in mehrgliedrigen Rechtsverhältnissen	212
IV.	Zwischenergebnis	214
B.	Normative Leitbilder für den urbanen öffentlichen Raum	214
I.	Gleichheit, Vielfalt und Urbanität: Urbaner öffentlicher Raum als allen frei zugänglicher, nutzungsöffener Ort	215
1.	Allgemeine Zugänglichkeit als Grundmerkmal des öffentlichen Raumes	216
a)	Die Straße gehört allen: Vom Umgang mit Sonder- veranstaltungen bis zur Frage der Unentgeltlichkeit	216
b)	Barriere- und diskriminierungsfreier Zugang	218
aa)	Barrierefreiheit	220
bb)	Diskriminierungsfreier Zugang	229
2.	Urbaner Traum: dass ‚das Ungeplante‘ sich ereigne	237
a)	Nutzungsvielfalt und funktionale Entgrenzung der Nutzungen	237
b)	Unvorhersehbarkeit der Nutzungen und vitale Urbanität	239
II.	Freiheitliche Dimension: Öffentlicher Raum als Ort grundrechtlicher Freiheit und politischer Willensbildung	241
1.	Freiheitsentfaltung im urbanen öffentlichen Raum und die Affinität des Öffentlichen zum Politischen	241
a)	Urbane öffentliche Räume als Orte der Freiheit	241
b)	Arendts Modell und der urbane öffentliche Raum	242
c)	Öffentlichkeit nur ein „Phantom“? Eine Entgegnung auf Walter Lippmann in den Zeiten des „Malling of Germany“	243

2. Integrationsfunktion und Zumutungen des Öffentlichen: Öffentlicher Raum als Ort der Begegnung und der Auseinandersetzung mit dem Fremden	245
a) Raum notwendiger gesellschaftlicher Integration	246
aa) Dimensionen von Integration – und die „Integrationsmaschine“ Stadt	246
bb) Soziale und politische Integration – eine durch den liberalen Staat nicht zu garantierende Voraussetzung seiner Existenz?	248
b) Raum der Zumutung	258
aa) Zumutung des Freiheitsgebrauchs der Anderen am Beispiel der Religionsfreiheit	258
bb) Politische Kultur als Konfliktkultur	266
(1) Zumutungen des Fremden	269
(2) Zumutung der Folgen politischen, aber auch (unmittelbar) eigenen Handelns	278
3. Ergänzungsfunktion unterschiedlicher öffentlicher Räume?	284
III. Kulturstaatliche Dimension: Öffentlicher Raum als Ort der spezifischen Kultur und des kollektiven Gedächtnisses eines Gemeinwesens	285
1. Leitbildcharakter dieser kulturellen bzw. kulturstaatlichen Dimension?	285
a) Normative Anknüpfungspunkte für ein kultur- bezogenes Leitbild im urbanen öffentlichen Raum	286
b) Kulturbegriff	292
aa) Staatswissenschaftlicher Kulturbegriff	293
bb) Kulturwissenschaftliche Perspektiven	296
c) Zwischenergebnis	299
2. Urbane öffentliche Räume als Spiegel der kulturellen Verfasstheit zwischen Geschichte und Zukunft einer Stadt	303
a) Omnipräsenz und Vielschichtigkeit von Architektur	305
b) Öffentliche Räume der Kunst	313
c) Raumbezug des kollektiven Gedächtnisses und der Sonderfall des Denkmalschutzes	319
IV. Leistungsstaatliche Dimension: Öffentlicher Raum als Ort staatlicher Daseinsvorsorge – ein Leitbild im Wandel?	326
1. Öffentliche Straßen als materielles Substrat urbaner öffentlicher Räume und die Integrations- funktion des Straßennetzes	326
2. Urbane öffentliche Räume zwischen Daseinsvorsorge und Infrastrukturverantwortung	328
a) Zum Wandel eines Leitbildes	331

b)	Unterschiedliche Privatisierungsformen bei innerörtlichen Straßen	342
aa)	Unterschiedliche Modelle der Einschaltung Privater bei Finanzierung, Bau, Unterhalt und Betrieb öffentlicher Straßen	343
bb)	Flächenprivatisierungen und tatsächlich öffentliche Straßen	351
c)	Forsthoffs Konzeption der Daseinsvorsorge und das Phänomen der Privatisierung – oder: Wo beginnt der Gewährleistungsstaat?	354
d)	Privatisierungsfolgenverantwortung: Was gewährleistet die Kommune im Rahmen ihrer Infrastrukturverantwortung?	357
aa)	Gehalt und Umfang der Gewährleistungs- verantwortung im ‚Gewährleistungsstaat‘	357
bb)	Straßenbau und Festlegung der Verkehrs- funktion der Straße als Ausfluss kommunaler Infrastrukturverantwortung	358
(1)	Rechtlicher Status der Aufgabe	358
(2)	Gehalt und Umfang der kommunalen Infrastrukturverantwortung	362
(a)	Straßenbaulast, das Instrument der Beleihung nach dem FStrPrivFinG und die Festlegung der besonderen Verkehrsfunktion durch Widmung	362
(b)	Infrastrukturverantwortung im Blick auf tatsächlich öffentliche Straßen?	367
3.	Zwischenergebnis und offene Fragen	371
V.	Schutz eines Gemeingutes und der Nutzungsrechte der Bürger: Urbaner öffentlicher Raum als Allmende	375
1.	Öffentlicher Raum als öffentliches Gut	375
a)	Öffentliche Güter in rechtlicher, soziologischer und wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive	375
b)	Definition des öffentlichen Gutes aus soziologischer und wirtschaftswissenschaftlicher Sicht	376
c)	Privatisierung öffentlicher Güter als Gefahr für die Demokratie?	377
d)	Öffentlicher Raum zwischen ‚Tragedy of the Commons‘ und ‚Tragedy of the Anticommons‘	381
2.	Rekonstruktion des öffentlichen Raumes als Allmende	384
a)	Zweigleisigkeit der Aufgabenstellung	384
b)	Rahmenbedingungen der Nutzung des öffentlichen Raumes als Allmende	386
aa)	Gefahr des Verlustes der Allmende?	386
bb)	Schutz der Allmende durch Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung	388
(1)	Dienende Funktion der Sicherheits- gewährleistung für die Allmende	388

(2) Schutz der Allmende auf der Basis der ‚Broken-Windows-Theorie‘?	394
(3) Rechtsprobleme bei der Anwendung der ‚Zero-Tolerance-Strategie‘ in Deutschland	398
(4) Gründe für die Renaissance des Begriffs der öffentlichen Ordnung	402
3. Fazit und Ausblick: Unausgeschöpfte Potentiale der Idee der Allmende im Hinblick auf das Nutzungsregime des öffentlichen Raumes	408

4. Kapitel:

Das Recht am und das Recht auf öffentlichen Raum

§ 8 <i>Das Recht am öffentlichen Raum</i>	409
A. Die Idee der Allmende als Anknüpfungspunkt für das Recht am öffentlichen Raum	409
I. Eigentumsrechtliche Dimension der Nutzungsrechte an der Allmende	409
1. Rückblick: Historische Ausformung der Allmende als Gemeineigentum	409
2. Moderne Beispiele für die eigentumsrechtliche Komponente der Rechtsidee der Allmende	417
a) Globale Allmende im Völkerrecht	417
b) Nutzungsrechte an der natürlichen Umwelt am Beispiel Deutschlands (Bayerns), Schwedens und der Schweiz	421
II. Übertragbarkeit des Allmendededankens auf den urbanen öffentlichen Raum?	424
1. Quintessenz der zeitgenössischen Allmendeidee und ihre rechtlichen Rahmenbedingungen in öffentlichen und semi-öffentlichen Räumen	424
2. Rechtliche Fundierung der Nutzungsrechte: Bedeutung des Grundeigentums in öffentlicher Hand in einer demokratischen Ordnung	428
III. Zwischenergebnis	433
B. Grundrechtsdogmatische Verortung des Rechts am öffentlichen Raum	434
I. Vorüberlegungen	434
1. Grundrechtlicher Schutz der räumlichen Dimension von Freiheit in öffentlichen und in privaten Räumen	434
2. Art. 13 GG als grundrechtlicher Schutz der räumlichen Privatsphäre	436

a) Gäbe es Art. 13 GG nicht – ein Gedankenexperiment . . .	437
aa) Erste Variante: Unselbstständige grundrechtliche Gewährleistung der räumlichen Dimension von Freiheit im privaten Raum	437
bb) Zweite Variante: Selbstständiges ‚Recht am privaten Raum‘	440
(1) Wohnungsfreiheit vor der Folie von allgemeinem Persönlichkeitsrecht und Eigentumsfreiheit	440
(2) Zweigleisigkeit der Raumkonzeptionen im Rahmen des Art. 13 GG	444
(a) Absoluter und relativer Raumbegriff in der Dogmatik des Art. 13 GG	444
(b) Offene Raumkonzeption der Sphärentheorie	448
(c) Sphärentheorie, Kernbereichslehre und das Schutzgut des Art. 13 GG im Fokus des relationalen Raumbegriffs	449
(3) Weitere Grundrechte	452
b) Zwischenschritt: Ergebnis des ‚Gedankenexperiments‘	453
3. Asymmetrien im Schutz der Raumdimension von Freiheit und das Recht am öffentlichen Raum	455
a) Ausgangslage	455
b) Wohnungsfreiheit als Recht am privaten Raum	456
c) Korrektur der Asymmetrie durch ein Recht am öffentlichen Raum?	458
4. Fazit und Brückenschlag: Einzelaspekte der Analyse des Art. 13 GG und das Recht am öffentlichen Raum	458
II. Modell eines unselbstständigen Rechts am öffentlichen Raum: Inkorporation der Raumdimension von Freiheit in den Gewährleistungsbereich einzelner Grundrechte	463
1. Sonderfall Versammlungsfreiheit? – Von Walter Jellinek über Martin Burgi zur Fraport-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts	464
a) Öffentlicher Raum in seiner Ausprägung als ‚Agora‘	464
b) Die ‚Straße gehört dem Volke‘	465
c) Burgis Auslegung des Art. 8 GG	468
d) Sonderrolle der Versammlungsfreiheit in ihrem spezifischen Bezug zur Straße?	474
2. Das Recht am öffentlichen Raum als Teil der Gewährleistung der auf den öffentlichen Raum verwiesenen Spezialfreiheitsrechte?	480
3. Zwischenergebnis	482
III. Eigentum der öffentlichen Hand an Grund und Boden als Grundlage eines eigenständigen Rechts am öffentlichen Raum	483

1. Bedeutung von Eigentum an Grund und Boden in öffentlicher Hand	483
a) Staat, Staatsgebiet und staatliches Eigentum an Grund und Boden	483
b) Eigentumsrechtlicher versus republikanischer Ansatz	486
c) Eigentum in öffentlicher Hand nach der republikanischen Neubegründung deutscher Staatlichkeit durch das Grundgesetz	495
aa) Res publica und öffentlicher Raum – eigentums- rechtliche Implikationen republikanischen Denkens	498
bb) Einfachrechtliche Konstruktion im Recht der öffentlichen Sachen	503
(1) Otto Mayer, der domaine public und das öffentliche Eigentum	503
(2) Der Siegeszug der dualistischen Konstruktion	508
(3) Weitere Ansätze	512
(4) Stellungnahme aus verfassungsrechtlicher Perspektive	516
2. Zusammenfassende Betrachtung: Das ‚Nutzungseigentum‘ der Bürgerinnen und Bürger am Eigentum in öffentlicher Hand und das Recht am öffentlichen Raum	523
IV. Grundrechtsdogmatische Einordnung des Rechts am öffentlichen Raum	525
1. Schutz eines Nutzungsrechts im Rahmen von Art. 14 Abs. 1 GG?	525
a) Begriff des Eigentums im Sinne des Art. 14 Abs. 1 GG	525
b) Zweck und Funktion des Eigentumsschutzes unter dem Grundgesetz	527
c) Art. 14 GG und das ‚Nutzungseigentum‘ der Bürgerinnen und Bürger	528
2. Schutz aus Art. 2 Abs. 1 GG in Verbindung mit Art. 14 GG	530
a) Schutz der räumlichen Dimension der allgemeinen Handlungsfreiheit	530
aa) Vom ‚Reiten im Walde‘ bis zum ‚Taubenfüttern im Park‘	530
bb) Grundrechtlicher Schutz des Gemeingebrauchs	531
b) Verbindung mit Spezialfreiheitsrechten	535
3. Übertragung auf den Besitz bzw. Erweiterung auf die Sachherrschaft in öffentlicher Hand?	537
V. Zusammenfassung	541
C. Konsequenzen der Anerkennung eines Rechts am öffentlichen Raum im Hinblick auf das Nutzungsregime im öffentlichen Raum im engeren Sinne	545

I.	Defizite und bislang praktizierte Lösungsstrategien im Blick auf das Recht der öffentlichen Sachen – eine Bestandsaufnahme	545
1.	Kritik am Recht der öffentlichen Sachen	545
2.	Versuche der Harmonisierung von einfachem Recht und Verfassungsrecht	549
a)	Kommunikativer Gemeingebrauch: Ausweg oder Sackgasse?	549
b)	Versammlungsfreiheit jenseits des Widmungszwecks? – Das ungelöste Rätsel der Hofgartenwiesen-Entscheidung	560
3.	Perspektivenwechsel: Von öffentlichen Sachen zu öffentlichen Nutzungsrechten	564
a)	Position von Franz Merli	564
b)	Kritik	567
II.	Harmonisierung von einfachem Recht und Verfassungs- recht durch ein grundrechtlich fundiertes Recht am öffentlichen Raum	571
1.	Rechtsdogmatische Bedeutung des Rechts am öffentlichen Raum	571
2.	Rechtspraktische Konsequenzen am Beispiel der Hofgartenwiesen-Entscheidung und des Lübecker Herrentunnel-Falles	573
a)	Hofgartenwiesen-Entscheidung	573
b)	Lübecker Herrentunnel-Fall	576
III.	Zusammenfassung: Rechtspraktische Konsequenzen des Rechts am öffentlichen Raum	583
D.	Das Recht am öffentlichen Raum in semi-öffentlichen Räumen	588
I.	Problemskizze	588
1.	Ausgangslage	588
a)	Semi-öffentliche Räume: Zwischenreiche des Öffentlichen und des Privaten	588
b)	Probleme bei der Umsetzung normativer Leitbilder für den urbanen öffentlichen Raum	590
c)	Anwendbarkeit des Rechts am öffentlichen Raum?	593
2.	Lösungsansätze im Blick auf semi-öffentliche Räume im engeren Sinne	596
II.	Rechtsvergleichende Perspektive: Die US-amerikanische public forum doctrine	597
1.	Historische Genese und ursprünglicher Anwendungs- bereich der public forum doctrine	597
2.	Pruneyard Shopping Center v. Robins: Die Übertragung der public forum doctrine auf semi-öffentliche Räume	604

3. Kritik: Das ungelöste Problem der Grundrechtsausübung in nicht-traditionellen öffentlichen Räumen . . .	611
III. Lösungsansätze in der Bundesrepublik Deutschland	613
1. Zur Rechtslage in semi-öffentlichen Räumen	
im weiteren Sinne	613
a) Grundrechtsbindung gemischt-wirtschaftlicher Unternehmen	613
b) Anwendbarkeit des Rechts am öffentlichen Raum in semi-öffentlichen Räumen im weiteren Sinne?	615
2. Semi-öffentliche Räume im engeren Sinne	618
a) Vorüberlegungen zur Frage von Eigentumsbindungen in funktional öffentlichen Räumen	618
b) Beispiele für Nutzungsrechte der Öffentlichkeit am Eigentum Privater jenseits der straßenrechtlichen Widmung	621
aa) Gesetzliche Nutzungsrechte an öffentlichen Gütern in privater Hand	621
(1) Betretungsrechte an privaten Wäldern und Naturschutzgebieten	621
(2) Öffentlicher Nießbrauch an Kulturgütern in Privatbesitz: Der Fall des Fürstenhauses Sachsen-Weimar und Eisenach	624
(3) Zwischenbilanz	629
bb) Vom Eigentümer gewährte Nutzungsrechte: Das Beispiel der tatsächlich öffentlichen Sachen	630
c) Kriterien für eine gesteigerte Sozialbindung des Eigentums in urbanen semi-öffentlichen Räumen	632
IV. Zusammenfassung	636
§ 9 <i>Das Recht auf öffentlichen Raum</i>	638
A. Das Recht auf öffentlichen Raum als Zugangs- und Teilhabeanspruch	639
I. Gleicher Zugang zum öffentlichen Raum und Diskriminierungsverbote	639
II. Teilhabe an staatlichen Leistungen im öffentlichen Raum	641
B. Das Recht auf öffentlichen Raum als originärer Leistungsanspruch?	642
C. Zusammenfassung	644

5. Kapitel:
Grundzüge einer rechtswissenschaftlichen Theorie
des öffentlichen Raumes – Fazit und Ausblick

§ 10 Funktion und Elemente einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes	647
A. Funktion einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes	647
B. Elemente einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes	649
I. Rechtswissenschaftliche Konzeption des urbanen öffentlichen Raumes	649
II. Normative Leitbilder für den urbanen öffentlichen Raum	651
III. Grundrechtsdogmatische Ausformung des Rechts am öffentlichen Raum	652
IV. Staatliche Gewährleistungsverantwortung im Blick auf semi-öffentliche Räume	652
C. Rolle des Rechts in einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes	655
I. Funktion von Rechtsnormen in einer relationalen Theorie des öffentlichen Raumes	655
II. Materielles Substrat öffentlicher Räume und ihre soziale Nutzung; Strukturierungsleistung und Vermittlungsfunktion des Rechts	655
III. Öffentlicher Raum als Rechtsbegriff – Funktion und Wirkung	656
1. Perspektivenwechsel	656
a) Verfassungsrechtliche Fundierung der Rechtsbeziehungen im öffentlichen Raum	656
b) Von öffentlichen Sachen zu Nutzungsrechten des Bürgers	656
c) ‚Spatial turn‘ in der Rechtswissenschaft: Die räumliche Dimension von Freiheit und die Funktionsvielfalt des öffentlichen Raumes	657
2. Fokussierung; Bündelung unterschiedlicher Rechts- fragen im Fokus des öffentlichen Raumes	658
a) Übergreifende Sicht auf und Lösungsstrategien für Rechtsprobleme in öffentlichen und semi-öffentlichen Räumen	658
b) Relativierung der Dichotomie zwischen Privatrecht und öffentlichem Recht im Blick auf die Rechtsprobleme des öffentlichen Raumes	661

3. Rechtsbildende Funktion: Der Rechtsbegriff des öffentlichen Raumes als Kristallisationspunkt des Rechts auf und des Rechts am öffentlichen Raum . . .	663
4. Maßstabsfunktion: Normative Leitbilder für den öffentlichen Raum und ihre Umsetzung	663
5. Bewusstseinswandel: Gesteigerte Aufmerksamkeit und Wertschätzung für den öffentlichen Raum	665
<i>§ 11 Resümee: Das Recht auf und das Recht am öffentlichen Raum . . .</i>	<i>667</i>
A. Das Recht auf öffentlichen Raum	667
I. Das Recht auf öffentlichen Raum als Zugangs- und Teilhaberecht	667
II. Weitere Fragen: Leistungsrechtliche Gehalte, staatliche Schutzpflichten und Privatisierungsgrenzen	668
B. Das Recht am öffentlichen Raum	671
I. Das Recht am öffentlichen Raum und die Eigentumsverhältnisse am materiellen Substrat öffentlicher Räume	671
II. Rechtslage in unterschiedlichen öffentlichen Räumen	674
1. Öffentlicher Raum im engeren Sinne	674
2. Semi-öffentliche Räume im weiteren Sinne	678
3. Semi-öffentliche Räume im engeren Sinne	680
C. Ausblick	683
<i>Literaturverzeichnis</i>	<i>687</i>
<i>Personenregister.</i>	<i>751</i>
<i>Sachregister</i>	<i>755</i>

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
Abb.	Abbildung(en)
Abdr.	Abdruck
abgedr.	abgedruckt
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz
a. E.	am Ende
AEMR	Allgemeine Erklärung der Menschenrechte
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a. F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Amtsgericht
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
ahd.	althochdeutsch
AK GG	Alternativkommentar zum Grundgesetz
AKP	Adalet ve Kalkınma Partisi (deutsch: Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung)
allg.	allgemein
ALR	Allgemeines Landrecht
altgriech.	altgriechisch
amtl.	amtlich(en)
Amtsbl.	Amtsblatt [des Saarlandes]
Anm.	Anmerkung
AöR (N.F.)	Archiv des öffentlichen Rechts (Neue Folge); vor 1910: Archiv für öffentliches Recht (Zeitschrift)
ARL	Akademie für Raumforschung und Landesplanung
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie (Zeitschrift)
Art.	Artikel
ASOG Bln	Allgemeines Sicherheits- und Ordnungsgesetz für Berlin
Aufl.	Auflage
Ausg.	Ausgabe
Az.	Aktenzeichen
Bad.-Württ.	Baden-Württemberg, baden-württembergisch(es)
BauGB	Baugesetzbuch
BauO Bln	Bauordnung für Berlin
BauR	Zeitschrift für Baurecht (Zeitschrift)
Bay	Bayern, bayerisch
BayBO	Bayerische Bauordnung
BayLTDrs.	Drucksachen des Bayerischen Landtags

BayNatSchG	Gesetz über den Schutz der Natur, die Pflege der Landschaft und die Erholung in der freien Natur (Bayerisches Naturschutzgesetz)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayRS	Bayerische Rechtssammlung
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVerf	Verfassung des Freistaates Bayern
BayVerfGHE	Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes
BayWG	Bayerisches Wassergesetz
BB	Betriebs-Berater (Zeitschrift)
Bbg	Brandenburg, brandenburgisch(e/es)
BBG	Bundesbeamtengesetz
BbgPolG	Gesetz über die Aufgaben, Befugnisse, Organisation und Zuständigkeit der Polizei im Land Brandenburg (Brandenburgisches Polizeigesetz)
BbgVerf	Verfassung des Landes Brandenburg
Bd./Bde.	Band/Bände
BDEW	Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V.
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
bearb.	bearbeitet
Begr.	Begründer
Bek.	Bekanntgabe
ber.	berichtigt
bes.	besonders
Beschl.	Beschluss
betr.	betrifft
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGG	Gesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz)
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BK	Bonner Kommentar
BLJ	Bucerius Law Journal (Zeitschrift)
Bln	Berlin
BNatSchG	Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz)
Brem	Bremen, bremisches
BremPolG	Bremisches Polizeigesetz
BRK	Behindertenrechtskonvention
Bsp.	Beispiel
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz)
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht

BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BvQ	Registerzeichen bzw. Aktenzeichen des Bundesverfassungsgerichts für einstweilige Anordnungen
BvR	Registerzeichen bzw. Aktenzeichen des Bundesverfassungsgerichts für Verfassungsbeschwerden
BW	Baden-Württemberg
BWaldG	Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz)
BWO	Bundeswahlordnung
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Cal.	California (Kalifornien)
Cardozo L. Rev.	Cardozo Law Review (Zeitschrift)
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
Chap.	Chapter (Kapitel)
CRC	Convention on the Rights of the Child
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
ders.	derselbe
DGVR	Deutsche Gesellschaft für Völkerrecht
d.h.	das heißt
d.i.	das heißt, das ist (lat. <i>dicitur item</i>)
dies.	dieselbe(n)
DKZ	Deutsche Kolonial-Zeitung (Zeitschrift)
DOG	Gesetz zur Ordnung deichrechtlicher Verhältnisse der Freien und Hansestadt Hamburg (Deichordnungsgesetz) v. 29.4.1964 (GVBl. S. 79), durch Ges. v. 1.9.2005 (GVBl. S. 377) aufgehoben
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Zeitschrift)
DRW	Deutsche Rechtswissenschaft. Vierteljahresschrift der Akademie für Deutsches Recht (Zeitschrift)
DSchG	Denkmalschutzgesetz
DSchG Bln	Gesetz zum Schutz von Denkmälern in Berlin (Denkmalschutzgesetz)
DSchG Brem	Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz [Bremen])
DSchG BW	Gesetz zum Schutz der Kulturdenkmäler (Denkmalschutzgesetz [Baden-Württemberg])
DSchG NRW	Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmäler im Lande Nordrhein-Westfalen (Denkmalschutzgesetz)
DSchG SH	Gesetz zum Schutz der Denkmäler (Denkmalschutzgesetz [Schleswig-Holstein])
dt.	deutsch
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DVBl	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
E	Entscheidung
e.g.	zum Beispiel (Verwendung im Englischen von lat. <i>exempli gratia</i>)
ebd.	ebenda
EBO	Eisenbahn-Bau- und Betriebsordnung

EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
eingel.	eingeleitet
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
engl./Engl.	englisch/[aus dem] Englischen
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)
Erstausg.	Erstausgabe
erw.	erweiterte
et al.	und andere (lat. et alii, aliae, alia)
etc.	et cetera
ETS	European Treaty Series
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift (Zeitschrift)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuWO	Europawahlordnung
EvStL	Evangelisches Staatslexikon
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht (Zeitschrift)
EWüVRO	Verwaltungsrechtsordnung für Württemberg; Entwurf eines Gesetzes mit Begründung.
f.	folgend(e)
FAO	First Amendment overbreadth doctrine
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Feb.	Februar
ff.	folgende
FidErlG	Gesetz über das Erlöschen der Familienfideikommisse und sonstiger gebundener Vermögen
FIFA	Fédération Internationale de Football Association
Fn.	Fußnote
Folg.	[im/zum] Folgenden
Frankfurt a. M.	Frankfurt am Main
franz./Franz.	französisch(en/es)/[aus dem] Französischen
FS f.	Festschrift für
FStrG	Bundesfernstraßengesetz
FStrPrivFinG	Gesetz über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private (Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz)
GA	General Assembly
GastG	Gaststättengesetz
GBL.	Gesetzblatt [für Baden-Württemberg; der Freien Hansestadt Bremen]
gem.	gemäß
Gesamtausg.	Gesamtausgabe
Ges. v.	Gesetz vom
GewArch	Gewerbearchiv (Zeitschrift)
GewO	Gewerbeordnung

GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
Gliederungsnr.	Gliederungsnummer
GmbH & Co. KG	Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Compagnie Kommanditgesellschaft
GRC	Charta der Grundrechte der Europäischen Union (Grundrechtecharta)
griech.	griechisch
GV.	Gesetz- und Verordnungsblatt [für das Land Nordrhein-Westfalen]
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt [für Berlin; für das Land Brandenburg; für das Land Hessen; für das Land Rheinland-Pfalz; für das Land Sachsen-Anhalt; für den Freistaat Thüringen; Bayerisches/Hamburgisches/Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt]
GVOBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt [für Mecklenburg-Vorpommern; für Schleswig-Holstein]
GYIL	German Yearbook of International Law
Harv. L. Rev.	Harvard Law Review (Zeitschrift)
Hastings L. J.	Hastings Law Journal (Zeitschrift)
HdbDStR	Handbuch des Deutschen Staatsrechts
HdBStKiR	Handbuch des Staatskirchenrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdBStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HdBVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland
Hess, auch H	Hessen, hessisch(er)
HessVGH	Hessischer Verwaltungsgerichtshof
Hg.	Herausgeber
HGR	Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa
hg. v.	herausgegeben von
h. L.	herrschende Lehre
h. M.	herrschende Meinung
Hmb, auch H	Hamburg, hamburgisch(es)
HmbAbfG	Hamburgisches Abfallwirtschaftsgesetz
HmbWaG	Hamburgisches Wassergesetz
HSOG	Hessisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
H-Soz-u-Kult	Kommunikation und Fachinformation für die Geschichtswissenschaften (seit 2014: H-Soz-Kult)
HWG	Hamburgisches Wegegesetz
ICESCR	International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
i. e.	das ist, das heißt (lat. id est)
i. E.	im Ergebnis
i. e. S.	im engeren Sinne
IFG	Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes (Informationsfreiheitsgesetz)
insbes.	insbesondere
Iowa L. Rev.	Iowa Law Review (Zeitschrift)
i. S./i. S. d.	im Sinne (des)
ISA	International Seabed Authority

i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
i. w. S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter (Zeitschrift)
Jahrb.	Jahrbuch
Jan.	Januar
Jg.	Jahrgang
Jh./Jhs.	Jahrhundert(s)
JöR n.F.	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge (seit 1951)
JR	Juristische Rundschau (Zeitschrift)
JURA	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
JZ	Juristenzeitung (Zeitschrift)
Kammerbeschl.	Kammerbeschluss
Kap.	Kapitel
KJ	Die Kritische Justiz. Vierteljahresschrift für Recht und Politik
km	Kilometer
Komm.	Komentierung
KommJur	Kommunaljurist (Zeitschrift)
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
krit.	kritisch
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft (Zeitschrift)
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie (Zeitschrift)
lat.	lateinisch
LBauO RhPf	Landesbauordnung Rheinland-Pfalz
L-BGG	Landesgesetz zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen (Landes-Behindertengleichstellungsgesetz) [Baden-Württemberg]
LBO BW	Landesbauordnung für Baden-Württemberg
LdR	Ergänzbare Lexikon des Rechts
LDSG SH	Schleswig-Holsteinisches Gesetz zum Schutz personenbezogener Informationen (Landesdatenschutzgesetz)
Lfg.	Lieferung
Lit.	Literatur
Lizenzausg.	Lizenzausgabe
LKV	Landes- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
Lkw	Lastkraftwagen
LMK	Kommentierte BGH-Rechtsprechung Lindenmaier-Möhring (Zeitschrift)
LNTS	League of Nations Treaty Series
LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz)
Ls.	Leitsatz
LSA	Land Sachsen-Anhalt
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LVerfG M-V	Landesverfassungsgericht Mecklenburg-Vorpommern

LVwG SH	Allgemeines Verwaltungsgesetz für das Land Schleswig Holstein (Landesverwaltungsgesetz)
LWaldG BW	Waldgesetz für Baden-Württemberg (Landeswaldgesetz)
LWG NRW	Wassergesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (Landeswassergesetz)
LWO	Verordnung des Innenministeriums zur Durchführung des Landtagswahlgesetzes (Landeswahlordnung) [Baden-Württemberg]
m. a. W.	mit anderen Worten
m. E.	meines Erachtens
m. N.	mit Nachweis(en)
m. umfangr. weit. Nachw.	mit umfangreichen weiteren Nachweisen
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
Mass.	Massachusetts
MBergG	Gesetz zur Regelung des Meeresbodenbergbaus (Meeresbodenbergbaugesetz)
Md.	Maryland
Mich. L. R.	Michigan Law Review (Zeitschrift)
MietRRG	Gesetz zur Neugliederung, Vereinfachung und Reform des Mietrechts (Mietrechtsreformgesetz)
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
Nachdr.	Nachdruck
Nachw.	Nachweise
Nds.	Niedersachsen, niedersächsische(s)
NdsBauO	Niedersächsische Bauordnung
NdsDschG	Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz
NdsSOG	Niedersächsisches Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung
NdsStrG	Niedersächsisches Straßengesetz
NdsVBl.	Niedersächsische Verwaltungsblätter
Neuauf.	Neuaufgabe
Neubearb./ neubearb.	Neubearbeitung/neubearbeitete
Neubek.	Neubekanntmachung
Neuf.	Neufassung
n. F.	neue Fassung
NGOs	Non-Governmental Organizations (Nichtregierungsorganisationen)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Zeitschrift)
no.	numero
NordÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht in Norddeutschland
Nov.	November
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NVwZ-RR	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht. Rechtsprechungs-Report

NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NY	New York State
NYC	New York City
N.Y.U. L. Rev.	New York University Law Review (Zeitschrift)
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
o. Ä.	oder Ähnliche(s)
OBG NRW	Gesetz über Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden (Ordnungsbehördengesetz [Nordrhein-Westfalen])
o. g.	oben genannt(en)
Okt.	Oktober
OLG	Oberlandesgericht
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	Gesetz über die Planung, Organisation und Gestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs [Baden-Württemberg]
Orig.	Original
Os.	Orientierungssatz
o.S.	ohne Seite
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PAG Bay	Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz)
PAG Thür	Thüringer Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei (Polizeiaufgabengesetz)
pass.	passim
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Pkw	Personenkraftwagen
POG RhPf	Polizei- und Ordnungsbehördengesetz [Rheinland-Pfalz]
PolG BW	Polizeigesetz [Baden-Württemberg]
PolG NRW	Polizeigesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
PolG Sachs	Polizeigesetz des Freistaates Sachsen
PPP	Public Private Partnership
PrALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten
RC	Recueil des cours
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens (Zeitschrift)
Res.	Resolution
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RhPf	Rheinland-Pfalz
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
RuR	Raumforschung und Raumordnung (Zeitschrift)
S.	Seite/Satz
s.	siehe
s. a.	siehe auch
Saar	Saarland, saarländisches
SaarlPolG	Saarländisches Polizeigesetz

SaarlStrG	Saarländisches Straßengesetz
Sachs/Sächs	Sachsen/sächsische(s)
SächsGVBl.	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsVerf	Verfassung des Freistaates Sachsen
SchulG BW	Schulgesetz für Baden-Württemberg
SchulG NRW	Schulgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen
Sec. Treat.	Second Treatise [of Government]
SGB	Sozialgesetzbuch
SGb	Die Sozialgerichtsbarkeit (Zeitschrift)
SH	Schleswig-Holstein
s. o.	siehe oben
sog.	sogenannt(e/er/es)
SOG Hmb	Gesetz zum Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung [Hamburg]
SOG LSA	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt
SOG M-V	Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung in Mecklenburg-Vorpommern (Sicherheits- und Ordnungsgesetz)
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SRÜ	Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen
StGB	Strafgesetzbuch
StrG BW	Straßengesetz für Baden-Württemberg
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StrWG NRW	Straßen- und Wegegesetz des Landes Nordrhein-Westfalen
StrWG SH	Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung
StWissStPrax	Staatswissenschaften und Staatspraxis (Zeitschrift)
Sup. Ct. Rev.	Supreme Court Review (Zeitschrift)
SVWO	Wahlordnung für die Sozialversicherung
SZ	Süddeutsche Zeitung
Thür	Thüringen/thüringer
ThürVBl.	Thüringer Verwaltungsblätter
TKG	Telekommunikationsgesetz
u.	und
u. a.	und andere/unter anderem
u. a. O.	und andere Orte
übers. v.	übersetzt von
U. Cin. L. Rev.	University of Cincinnati Law Review (Zeitschrift)
UCLA L. Rev.	UCLA Law Review (Zeitschrift)
u. d. T.	unter dem Titel
UIG	Umweltinformationsgesetz
UK	United Kingdom
UN	United Nations
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen
Unterabs.	Unterabsatz
UNTS	United Nations Treaty Series

unveränd.	unveränderte(r)
UPR	Umwelt- und Planungsrecht (Zeitschrift)
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v.	von/vom
Va. L. Rev.	Virginia Law Review (Zeitschrift)
VBLBW	Verwaltungsblätter für Baden-Württemberg
v. Chr.	vor Christus
Verf./Verf.'in	Verfasser/Verfasserin
Verf BW	Verfassung des Landes Baden-Württemberg
Verf NRW	Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen
VerwArch	Verwaltungsarchiv (Zeitschrift)
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VN	Vereinte Nationen (Zeitschrift)
VO	Verordnung
vol.	volume/volumen
VR	Verwaltungsrundschau (Zeitschrift)
VSO	Schulordnung für die Volksschulen in Bayern (Volksschulordnung)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz [des Bundes]
WaG	Bundesgesetz über den Wald (Waldgesetz) [Schweiz]
WaStrG	Bundeswasserstraßengesetz
weit. Nachw.	weitere Nachweise
WHO	World Health Organization
WissR	Wissenschaftsrecht (Zeitschrift)
WRV	Die Verfassung des Deutschen Reiches (Weimarer Reichsverfassung)
WuM	Wohnungswirtschaft und Mietrecht (Zeitschrift)
Z.	Ziffer
zahlr.	zahlreich(en)
z. B.	zum Beispiel
ZakDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZfBR	Zeitschrift für deutsches und internationales Bau- und Vergaberecht
ZfV	Zeitschrift für Völkerrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGB	Schweizerisches Zivilgesetzbuch
ZgStW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft
ZHF	Zeitschrift für Historische Forschung
zit.	zitiert
ZphF	Zeitschrift für philosophische Forschung
ZPO	Zivilprozessordnung
ZPR	Zeitschrift für Rechtspolitik
zul. geänd. d. Ges. v.	zuletzt geändert durch Gesetz vom
ZUR	Zeitschrift für Umweltrecht

1. Kapitel

Wandlungsprozesse und neue Herausforderungen im öffentlichen Raum

§ 1 Einleitung

A. Problemstellung

Der öffentliche Raum unterliegt einem Wandlungsprozess, der viele Fragen aufwirft, rechtliche Probleme in einem neuen Licht erscheinen lässt oder sogar in ganz neuer Weise stellt. Große Shopping-Center, Airport-Cities oder private Stadtquartiere wie der Potsdamer Platz in Berlin, die in ihrer optischen Gestaltung zwar öffentlichen Raum simulieren und auch faktisch Öffentlichkeit herstellen, rechtlich aber dem Privatrechtsregime unterliegen, stellen das Recht des öffentlichen Raumes vor neue Herausforderungen. So ergibt sich hier die grundrechtliche Problematik, dass Freiheitsbetätigungen vielfach nur noch auf privatem Grund und Boden möglich sind, aber häufig keine Einwilligung der privaten Betreiber vorliegt. Sofern Bürgerinnen und Bürger hingegen ohne deren Zustimmung vom Grundrecht der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit aus Art. 8 GG Gebrauch machen oder in Ausübung der Meinungsfreiheit Flyer verteilen, sprechen die privaten Betreiber auf der Basis ihres Hausrechts (§§ 858 ff., 903, 1004 BGB) unter Umständen ein Hausverbot aus.¹ Eine solche Konstellation lag sowohl dem im Februar 2011 vom Bundesverfassungsgericht entschiedenen Fraport-Fall zugrunde, in dem es um Meinungskundgaben und Proteste gegen vom Frankfurter Flughafen aus durchgeführte Abschiebungen ging, als auch einer einstweiligen Anordnung des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 2015, durch die ein Hausverbot gegen den Veranstalter eines 15-minütigen „Bierdosen-Flashmobs für die Freiheit“ auf dem im Eigentum einer GmbH & Co. KG stehenden Nibelungenplatz in Passau aufgehoben wurde.²

¹ Zur rechtsdogmatischen Begründung des Hausrechts s. *Prothmann*, Wahl des Versammlungsortes, S. 76 ff.

² Siehe BVerfGE 128, 226, Urt. v. 22.2.2011 – Az. 1 BvR 699/06 – Fraport-Fall, dazu eingehend unten S. 470 ff., 618 ff. u. *pass.*; BVerfG, 3. Kammer des Ersten Senats, Beschl. v. 18.7.2015 – Az. 1 BvQ 25/15 – Bierdosen-Flashmob, NJW 2015, S. 2485. Das Gericht weist hier (vgl. aaO., S. 2486; Zitat s. Os.1) aber ausdrücklich darauf hin, dass die Frage, nach „welchen konkreten Grundsätzen die Kollision der Grundrechte auf Versammlungs- und Meinungsäußerungsfreiheit mit den Grundrechten Privater, die einen öffentlichen Verkehr eröffnen und

Vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass wir mit der Zunahme semi-öffentlicher Räume offenbar im Begriff sind, eine wesentliche Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Grundrechte im öffentlichen Raum zu verlieren, fällt der Blick zurück auf den herkömmlichen urbanen öffentlichen Raum, der im Folgenden als öffentlicher Raum im engeren Sinne bezeichnet werden soll. Es stellt sich die Frage, wie dort die räumliche Dimension von Freiheit geschützt wird. Dabei zeigt sich, dass das Problem ein doppeltes ist: Es geht nicht allein um komplexe Rechtsfragen, die aus dem Phänomen der Privatisierung³ erwachsen; vielmehr scheint der Schutz der räumlichen Dimension der Freiheit auch im öffentlichen Raum im engeren Sinne auf unsicherem Grund zu stehen. Während der private Raum mit der Wohnungsfreiheit des Art. 13 GG, die man auch als ‚Recht am privaten Raum‘ bezeichnen könnte, explizit grundrechtlichen Schutz genießt, fehlt es an einem entsprechenden ‚Recht am öffentlichen Raum‘: Auch im öffentlichen Raum im engeren Sinne begegnet man daher dem Einwand, dass das Grundeigentum in öffentlicher Hand – offenbar ebenso wie das Eigentum Privater in semi-öffentlichen Räumen – für den Bürger ‚fremd‘ sei, er für die Grundrechtsausübung also eine ‚fremde‘ Sache in Anspruch nehme.⁴

Die Frage, ob der Bürger das Grundeigentum, über das die öffentliche Hand verfügt, in Anspruch nehmen darf – und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen und zu welchen Zwecken – richtet sich nach dem Recht der öffentlichen Sachen. Dieses weist allerdings erhebliche Inkonsistenzen im Blick auf seine einzelnen Teilgebiete auf. So wird beispielsweise eine Versammlung auf der öffentlichen Straße ganz anders behandelt als eine Versammlung in einem Park oder in einer anderen öffentlichen Einrichtung. Für Art. 8 GG kann es jedoch nicht entscheidend sein, unter welches Rechtsregime das einfache Recht Orte stellt, an denen aufgrund ihrer allgemeinen Verkehrsfunktion ‚Öffentlichkeit‘ hergestellt ist.⁵ Insbesondere sieht das höherrangige Verfassungsrecht keine Begrenzung der Versammlungsfreiheit auf die nach einfachem Recht im Gemeingebrauch stehende öffentliche Straße vor. Umgekehrt gilt hingegen, dass das Straßen- und Wegerecht sicherlich das *in praxi* wichtigste Teilgebiet des Rechts der öffentlichen Sachen darstellt und ihm auch gerade im Blick auf die Versammlungsfreiheit große Bedeutung zukommt. Aus diesem Grund hat man versucht, das Straßenrecht im Wege der Auslegung mit dem Verfassungsrecht

damit Orte der allgemeinen Kommunikation schaffen, aufzulösen ist,“ vom BVerfG (auch im Fraport-Fall, vgl. E 128, 226 [250]) noch nicht entschieden worden sei und einer Klärung im Hauptsacheverfahren bedürfe. Der wesentliche Unterschied zum Fraport-Fall ist der, dass es beim „Bierdosen-Flashmob“ um einen *nicht durch den Staat beherrschten* semi-öffentlichen Raum im engeren Sinne geht; dazu eingehend unten S. 619ff.

³ Hier sind nicht allein semi-öffentliche Räume gemeint, die vor ihrer Privatisierung in öffentlicher Hand waren, sondern auch jene semi-öffentlichen Räume, die wie Shopping-Center von vornherein von Privaten zur Verfügung gestellt werden.

⁴ Vgl. *Burgi*, in: DÖV 1993, S. 633ff.

⁵ *Enders* u. a., Musterentwurf eines Versammlungsgesetzes, S. 62.

zu harmonisieren: Der straßenrechtliche Begriff des Verkehrs soll hier bekanntlich auch den „kommunikativen Verkehr“⁶ umfassen. Das Problem ist aber, dass dieser Lösungsansatz zu punktuell bleibt, sich etwa auf öffentliche Einrichtungen schon aufgrund ihrer Vielgestaltigkeit nicht übertragen lässt. Das wird am Beispiel des Hofgartenwiesen-Falles⁷ deutlich, bei dem es um eine Großdemonstration auf der universitätseigenen Bonner Hofgartenwiese ging: Es wäre hier nicht vertretbar gewesen zu argumentieren, dass der von der Bonner Universität rechtmäßig auf Erholungszwecke beschränkte Widmungszweck verfassungskonform in dem Sinne auszulegen sei, dass darunter auch Demonstrationen zu subsumieren seien.

Letztlich kann es aber schon aus normhierarchischen Gründen nicht allein auf den Inhalt des einfachrechtlichen Widmungsaktes ankommen.⁸ Das Bundesverwaltungsgericht hat daher auch festgestellt, dass zumindest ein Anspruch auf ermessensfehlerfreie Entscheidung unter Berücksichtigung der Versammlungsfreiheit bestehe.⁹ Gleichwohl blieb im Hofgartenwiesen-Fall nicht nur der Klägerin der Erfolg versagt, sondern insbesondere auch unklar, unter welchen Voraussetzungen ein solcher Anspruch denn überhaupt je Erfolg haben könnte bzw. wie die Rechtsposition des Bürgers hier zu bestimmen ist: Nimmt er tatsächlich ‚fremden‘ Grund und Boden in Anspruch, wenn er Eigentum in öffentlicher Hand für Grundrechtsbetätigungen nutzen will? Profitiert er insoweit nur von der grundrechtlichen Schwäche der öffentlichen Hand, die sich selbst nicht auf den Eigentumsschutz des Art. 14 GG berufen kann?¹⁰ Oder gibt es vielleicht doch auch ein dem ‚Recht am privaten Raum‘ korrespondierendes ‚Recht am öffentlichen Raum‘? Und wie ist das Verhältnis des Bürgers zum Eigentum in öffentlicher Hand rechtlich zu qualifizieren? Dass es sich dabei jedenfalls nicht um zivilrechtliches Eigentum im Sinne des § 903 BGB handelt, hat das Bundesverfassungsgericht sowohl in seiner Entscheidung zu § 4 Hamburgisches Wegegesetz (HWG), der öffentliches Eigentum an öffentlichen Straßen und Wegen eingeführt hat,¹¹ als auch in der Fraport-Entscheidung¹² deutlich gemacht. Könnte ein ‚Recht am öffentlichen Raum‘ vielleicht in der besonderen Beziehung des Bürgers zum materiellen Substrat des öffentlichen

⁶ Dazu statt vieler *Stahlbut*, in: Kodal (Begr.), Straßenrecht⁷, Kap. 25 Rn. 18.2; BVerwGE 84, 71 (73); VGH Mannheim NVwZ-RR 2010, S. 831.

⁷ BVerwG, NJW 1993, S. 609 f., mit Anm. *Schlink*, S. 610 f.

⁸ *Enders* u. a., Musterentwurf eines Versammlungsgesetzes, S. 62; s. a. BVerfG, Urte. v. 20.6.2014 – Az. 1 BvR 980/13, NJW 2014, S. 2706 (2707, Rn. 18). Grundsätzlich anders dagegen noch *Ossenbühl*, Öffentliche und private Nutzung der Bonner Hofgartenwiese, S. 32.

⁹ BVerwG, aaO., S. 610.

¹⁰ So *Schlink*, in: NJW 1993, S. 610 f.

¹¹ BVerfGE 42, 20. § 4 Abs. 1 S. 1 HWG lautet: „Grundflächen, die als öffentliche Wege gewidmet sind und der Freien und Hansestadt Hamburg gehören, stehen einschließlich der in § 2 Absatz 2 genannten Gegenstände in öffentlichem Eigentum der Freien und Hansestadt Hamburg.“ Dazu eingehender unten S. 507 sowie S. 515 ff.

¹² BVerfGE 128, 226 (259 f.), Urte. v. 22.2.2011 – Az. 1 BvR 699/06.

Raumes wurzeln, genauer: aus einem am Grundeigentum in öffentlicher Hand bestehenden ‚Nutzungseigentum‘ der Bürgerinnen und Bürger folgen? Einem solchen ‚Nutzungseigentum‘ der Bürger müsste dann wohl eine ‚treuhänderische‘ Bindung der staatlichen Verfügungsbefugnis korrespondieren. Sofern sich dies begründen lassen sollte, so würde sich im ‚Recht am öffentlichen Raum‘ letztlich der Charakter des öffentlichen Raumes als ‚Allmende‘ aktualisieren.

Es bliebe aber die weitere Frage zu beantworten, wie ein solches Recht grundrechtsdogmatisch einzuordnen ist und ob es als selbstständige oder als unselbstständige Gewährleistung der räumlichen Dimension von Freiheit im öffentlichen Raum zu verstehen ist. Vereinzelt wurden Vorstöße unternommen, um zu begründen, warum ganz speziell – und damit auch ausschließlich – die Inanspruchnahme der öffentlichen Straße bereits vom Schutzbereich der Versammlungsfreiheit umfasst sei.¹³ Dies lässt sich als Anerkennung eines in die Versammlungsfreiheit inkorporierten, unselbstständigen Rechts am öffentlichen Raum verstehen, das sich allerdings wiederum nur auf den einfachgesetzlich näher definierten Bereich des Straßenrechts beziehen würde.¹⁴ Die durch die Hofgartenwiesen-Entscheidung schlaglichtartig beleuchteten Inkonsistenzen zwischen dem Straßen- und Wegerecht und der Nutzung öffentlicher Einrichtungen für grundrechtliche – aber außerhalb des Widmungszwecks der Einrichtung liegende – Zwecke lassen sich auf dieser Basis also ebenfalls nicht lösen.¹⁵ Zudem erscheint die Annahme, dass allein das einfache Recht über die Reichweite der in Art. 8 GG gewährleisteten Versammlungsfreiheit bestimmen soll, wie bereits erwähnt, aus normhierarchischen Gründen problematisch. Dies gilt umso mehr, wenn es um ein Rechtsgebiet geht, das ursprünglich unerschwinglich von Vorstellungen anstaltsstaatlicher Rechtsgewährung geprägt war. – Man denke nur an die bis zur Hofgartenwiesen-Entscheidung geltende Rechtslage, nach der die Sonderbenutzungserlaubnis für öffentliche Einrichtungen noch wie ein echtes Privileg vergeben wurde.¹⁶ Auch vor diesem Hintergrund werden im Blick auf das Recht der öffentlichen Sachen immer wieder rechtsdogmatische und theoretische Defizite beklagt; teils wird es sogar insgesamt als „Trümmerhaufen“ (*Dirk Ehlers*) bezeichnet.¹⁷

Auch wenn außer Streit steht, dass der öffentliche Raum als Raum der Freiheit und der Gleichheit¹⁸ prinzipiell ein Ort vielfältiger Grundrechtsbetätigungen ist, bewegt sich der Grundrechtsberechtigte in diesem Raum, verfassungsrechtlich betrachtet, gewissermaßen frei schwebend: Es fehlt an einer

¹³ Vgl. *Burgi*, in: DÖV 1993, S. 633 (638f.).

¹⁴ Siehe zu *Burgis* Position im Einzelnen unten S. 467–474 u. *pass.*

¹⁵ So stellt auch *Burgi*, aaO., S. 639, fest, dass es bei Versammlungen in öffentlichen Einrichtungen bei der einfachrechtlichen Sach- und Güterzuordnung bleibe, „was auch die Klägerin im Hofgartenwiesen-Verfahren erfahren mußte.“

¹⁶ Dazu *Schlink*, in: NJW 1993, S. 610.

¹⁷ So *Ehlers*, in: NWVBl. 1993, S. 327ff.

¹⁸ *Gusy*, in: VerwArch 92 (2001), S. 344 (350); *ders.*, in: JZ 2009, S. 217 (bes. S. 219ff.).

systematischen Grundlegung, die hinsichtlich der Freiheit des Bürgers, auch den *konkreten Ort* seiner Freiheitsbetätigung selbst zu bestimmen, Klarheit darüber schaffen könnte, wann dies verfassungsrechtlich möglich ist und welche Beschränkungen ggf. gerechtfertigt wären. Die Anerkennung eines im ‚Nutzungseigentum‘ der Bürgerinnen und Bürger wurzelnden Rechts am öffentlichen Raum könnte insoweit Abhilfe schaffen.

Im Hinblick auf jene Bereiche des öffentlichen Raumes, die sich in privater Hand befinden, stellt sich die Frage nach der Bedeutung des Eigentums am materiellen Substrat dieser semi-öffentlichen Räume hingegen umgekehrt: Welchen Bindungen unterliegt privates Eigentum, wenn dort ein Allgemeinverkehr eröffnet wird, also faktisch Öffentlichkeit hergestellt bzw. in größerem Stil ‚öffentlicher Raum‘ simuliert wird? Für den Bereich des Frankfurter Flughafens hat das Bundesverfassungsgericht in der Fraport-Entscheidung von 2011 auf der Basis funktionaler Erwägungen, die sich an die US-amerikanische *public forum doctrine* anlehnen,¹⁹ festgestellt, dass die Ausübung der Kommunikationsgrundrechte dort von Verfassungen wegen zulässig sei. Die Besonderheit besteht allerdings darin, dass die Fraport AG sich im Mehrheitsbesitz der öffentlichen Hand befindet und das Bundesverfassungsgericht aus diesem Grund eine unmittelbare Grundrechtsbindung bejaht hat.²⁰ Dies ist teils begrüßt worden, teils auf Kritik gestoßen.²¹ Die Rechtslage in semi-öffentlichen Räumen, die *nicht* von der öffentlichen Hand beherrscht werden, ist damit aber nach wie vor ungeklärt. Es gibt also immerhin erste Ansätze zur Lösung der spezifischen Rechtsprobleme in semi-öffentlichen Räumen, doch sind noch viele Fragen offen.

Auch Privatisierungen im Bereich öffentlicher Straßen werfen schwierige Rechtsfragen auf und bringen überkommene rechtsdogmatische Figuren an ihre Grenzen. Wie steht es etwa um die Ausübung der Versammlungsfreiheit auf öffentlichen Straßen im straßenrechtlichen Sinne, die jedoch, wie beispielsweise der Lübecker Herrentunnel, auf der Basis des Gesetzes über den Bau und die Finanzierung von Bundesfernstraßen durch Private (Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz)²² von Privaten betrieben werden? Hier kam es zur Nagelprobe, als Bürgerinnen und Bürger mit einem Demonstrationzug, der durch den Lübecker Herrentunnel führen sollte, gegen die dort erhobene Maut demonstrieren wollten. Sie erhielten die Auflage, die Streckenführung zu ändern.

¹⁹ BVerfGE 128, 226 (bes. S. 251–254), Urt. v. 22.2.2011 – Az. 1 BvR 699/06; s. a. BVerfG, Az. 1 BvR 980/13 v. 20.6.2014, NJW 2014, S. 2706 (2707, Rn. 15) – Dresdner Heidefriedhof, sowie BVerfG, Beschl. v. 18.7.2015 – Az. 1 BvQ 25/15, NJW 2015, S. 2485 (Rn. 5f.) – Bierdosen-Flashmob. Kritisch zur Anlehnung an die *public forum doctrine* in der Fraport-Entscheidung *Enders*, in: JZ 2011, S. 568, Anm. S. 577 (579).

²⁰ BVerfGE, aaO., S. 244ff.

²¹ Kritisch u. a. *Pfeiffer*, in: LMK 2011, 322526; befürwortend im Blick auf die Besonderheiten des Falles *Muckel*, in: JA 2011, 557 (559).

²² Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz i. d. F. der Bekanntmachung v. 6.1.2006 (BGBl. I, S. 49).

Eine dagegen gerichtete Klage vor dem Verwaltungsgericht Schleswig blieb ohne Erfolg.²³ Dies war vor allem auch auf das in dieser Konstellation auftretende Spannungsverhältnis zwischen dem Gemeingebrauch und den Geschäftsinteressen der privaten Betreiberin zurückzuführen: Einerseits handelt es sich auch bei Straßen, die auf Grundlage des Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetzes betrieben werden, um im Gemeingebrauch stehende öffentliche Straßen. Seit jeher haben öffentliche Straßen dank ihrer vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten eine geradezu paradigmatische Bedeutung für die Freiheitlichkeit des Gemeinwesens insgesamt, da sich dort öffentliche Kommunikationsräume bzw. -foren etablieren können. Vor dem Hintergrund der für die Demokratie essentiellen Kommunikationsgrundrechte wird der Begriff des Verkehrs auf öffentlichen Straßen, wie oben schon erwähnt, nach herrschender Ansicht als „kommunikativer Verkehr“²⁴ gedeutet.²⁵ Dem schließt sich das Gericht im Herrentunnel-Fall auch an.²⁶ Es berücksichtigt andererseits aber eben auch die Interessen der privaten Betreiberin. Im Ergebnis scheitern die Kläger mit ihrem Begehren, die Versammlungsfreiheit an diesem Ort auszuüben, nicht etwa aufgrund nicht ausräumbarer Sicherheitsbedenken. Sie scheitern vielmehr, weil der privaten Betreiberin die Mitwirkung an einem (ihren Geschäftsinteressen zuwiderlaufenden) Sicherheitskonzept nicht zumutbar sei. – Für ein vorangegangenes sportliches Event, den sogenannten „Tunnel-Lauf“, hatte die Betreiberin hingegen unstreitig ein taugliches Sicherheitskonzept vorgelegt. Dies zeigt, dass Privatisierungen die ohnehin etwas fragile Konstruktion des „kommunikativen Verkehrs“ (samt der unübersichtlichen Kasuistik zur Abgrenzung von Gemeingebrauch und Sondernutzung) ins Wanken bringen. Die Straße als „Mehrzweckinstitut“ (*Arnold Köttgen*)²⁷ scheint plötzlich wieder auf den reinen Verkehrszweck im engeren Sinne, also auf ihre bloße Transportfunktion, zusammenzuschrumpfen.

Diese unterschiedlichen Beispiele verdeutlichen, dass der öffentliche Raum als „Raum der Freiheit“²⁸ in der Tat auf keinem soliden Fundament steht. War schon die Ausgangslage im öffentlichen Raum im engeren Sinne nicht befriedigend, so droht der sich jetzt abzeichnende Wandlungsprozess des öffentlichen

²³ Vgl. VG Schleswig, Urt. v. 19.2.2008 – Az. 3 A 235/07 – (juris).

²⁴ So zuletzt BVerfGE 128, 226 (244 ff., 251–254).

²⁵ Demgegenüber stellt *Burgi*, in: DÖV 1993, S. 633 (639), klar, dass es nach seiner Auffassung speziell bei der Versammlungsfreiheit „weder um Gemeingebrauch noch um Sondernutzung, sondern schlicht um Grundrechtsausübung“ gehe. Er grenzt sich somit ausdrücklich von den Versuchen einer verfassungskonformen Interpretation des straßenrechtlichen Verkehrsbegriffs ab. Siehe zu *Burgis* Position im Einzelnen unten S. 467–474 u. *pass.*

²⁶ VG Schleswig, Urt. v. 19.2.2008 – Az. 3 A 235/07 – S. 10, juris: Rn. 33.

²⁷ *Köttgen*, *Gemeindliche Daseinsvorsorge*, S. 28.

²⁸ *Gusy*, in: JZ 2009, S. 217 ff.; *ders.*, in: VerwArch 92 (2001), S. 344 (349 f.). Er weist in diesem Zusammenhang auch darauf hin, dass in Deutschland eine Theorie des öffentlichen Raumes kaum entwickelt sei und es dementsprechend erst recht an einer Theorie der semi-öffentlichen Räume fehle (s. VerwArch 92 [2001], S. 365).

Raumes die überkommenen rechtlichen Konstruktionen des Rechts der öffentlichen Sachen, einschließlich ihrer partiellen verfassungsrechtlichen Überformung, zum Einsturz zu bringen. Gleichzeitig entsteht Bedarf für neue rechtliche Ansätze, die die Freiheitsausübung auch unter dem privatrechtlichen Rechtsregime ermöglichen sollen. Es geht dabei auch keineswegs allein um die Ausübung der Versammlungs-, der Meinungs- und anderer Kommunikationsfreiheiten, zu denen etwa auch die unterschiedlichen Formen der – teils politisch motivierten – Straßenkunst (Art. 5 Abs. 3 S. 1 GG) zählen. Sicherlich gilt diesen Grundrechten besonderes Augenmerk, denn durch sie realisiert sich eine zentrale Bedeutungskomponente der Idee der Öffentlichkeit: Es ist dies der innere Zusammenhang von Öffentlichkeit und (politischen) Kommunikationsprozessen, deren theoretische Durchdringung insbesondere mit der Philosophie von *Jürgen Habermas* in Verbindung gebracht wird. Aber auch andere Freiheitsbetätigungen sind auf den öffentlichen Raum angewiesen: Angefangen bei kirchlichen Prozessionen als Religionsausübung im Sinne des Art. 4 Abs. 2 GG über die auf Märkten praktizierten Formen der Berufs- und Gewerbefreiheit (Art. 12 und Art. 2 Abs. 1 GG) bis hin zur Freizügigkeit (Art. 11 GG), der alltäglichen Mobilität und der bunten Vielfalt sonstiger Betätigungen, die unter die allgemeine Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG) fallen, um nur einige Beispiele zu nennen.

Es kommt hinzu, dass die Umstrukturierung des öffentlichen Raumes offensichtlich auch nicht allein seine freiheitliche Funktion betrifft: Durch Privatisierungen werden Segregationstendenzen und das Auseinanderdriften unterschiedlicher öffentlicher Räume eher befördert. Soziale Randgruppen werden unter dem privatrechtlichen Rechtsregime, ungeachtet aller Versuche einer Gegensteuerung (etwa über das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz²⁹), häufiger exkludiert als im öffentlichen Raum im engeren Sinne, dies teils auch über non-verbale Codes. Der öffentliche Raum ist also offenbar auch als ‚Raum der Gleichheit‘ in Gefahr. Gleichzeitig droht aufgrund von Verwahrlosungstendenzen im öffentlichen Raum im engeren Sinne der Verlust der ‚Allmende‘, so dass bereits von der Notwendigkeit ihrer „Rückeroberung“ die Rede ist.³⁰ Dies wiederum ist der Ausgangspunkt für Sicherheitsdiskurse, die sich heute nicht mehr allein mit der objektiven Gefahrenlage, sondern auch mit dem – für die Nutzung dieser öffentlichen Räume ganz entscheidenden – subjektiven Sicherheitsgefühl befassen.³¹

²⁹ AGG v. 14.8.2006 (BGBl. I, S. 1897), zul. geänd. durch Ges. v. 3.4.2013 (BGBl. I, S. 610). Zu seinen Motiven und Zielen *Singer*, in: Brömmelmeyer u. a. (Hg.), Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz, S. 13 (15), für eine Auseinandersetzung mit der rechtspolitischen Kritik, die er i. E. sachlich für nicht gerechtfertigt hält, S. 19ff., zusammenfassend S. 27.

³⁰ Siehe *Volkman*, in: NVwZ 2000, S. 361 ff.

³¹ Dazu *Kötter*, Pfade des Sicherheitsrechts, bes. auch S. 241ff.; *ders.*, in: Der Staat 43 (2004), S. 371 (372ff.) (Angst als Kategorie des Sicherheitsrechts); *Gusy*, in: VerwArch 92 (2001), S. 344 (359ff.); *ders.*, in: JZ 2009, S. 217ff.; *ders.*, in: VerwArch 101 (2010), S. 309ff.;

Die skizzierten Wandlungsprozesse werfen die Frage nach Funktion und Bedeutung des öffentlichen Raumes für das Gemeinwesen insgesamt noch einmal in grundsätzlicher Weise neu auf: In dem Maße, in dem sich das, was zuvor als selbstverständlich galt, verändert, die Akteure und das Rechtsregime wechseln, geraten sowohl die Grundlagen der maßgeblichen Rechtsinstitute als auch die rechtsdogmatischen Strukturen, die das Rechtsregime des öffentlichen Raumes bislang geprägt haben, in Fluss. Es fehlt jedoch an einer tiefer gehenden theoretischen Durchdringung dieser Fragen bzw. an einer rechtswissenschaftlichen Theorie des öffentlichen Raumes. Dieses Defizit wirkt sich auch auf der abstrakteren (rechtspolitischen) Ebene von Sicherheitsdiskursen, einschließlich der Probleme der „Privatisierung“ von Sicherheit,³² und auf der Ebene der Rechtsanwendung im Bereich des Sicherheits- und Ordnungsrechts aus. Positiv gewendet: Eine Theorie des öffentlichen Raumes, die in einem zweiten Schritt speziell für den urbanen öffentlichen Raum näher zu konkretisieren wäre, sollte es u. a. ermöglichen, das ‚Wozu‘ der Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung in das Kraftfeld der diesen Teilraum in besonderer Weise prägenden normativen Leitbilder einzuordnen. Wird das bekannte bipolare Spannungsverhältnis von Freiheit und Sicherheit durch weitere Vorgaben ergänzt, so kann dies der Gefahr einer einseitigen Verabsolutierung bestimmter Zwecksetzungen entgegenwirken. Zu diesen, eine Orientierung bietenden Vorgaben könnte beispielsweise der Schutz der ‚Allmende‘ zählen, aber auch das Ziel, durch den rechtlichen Schutz von Diversität und Nutzungsvielfalt ‚Urbanität‘ allererst zu ermöglichen. Auch über differierende Ordnungsvorstellungen und den Grad an abweichendem Verhalten, den wir im öffentlichen Raum zu dulden bereit sind, lässt sich fruchtbarer diskutieren, wenn man sich zuvor darüber Rechenschaft abgelegt hat, welche normativen Leitbilder den (urbanen) öffentlichen Raum prägen (sollten).

Worin könnte darüber hinaus das unmittelbar handlungsanleitende Potential einer Theorie des öffentlichen Raumes liegen, das sie aufweisen muss, wenn sie sich in der Rechtswissenschaft als anwendungsorientierter Wissenschaft bewähren soll? Zunächst einmal würde eine Theorie des öffentlichen Raumes bislang isoliert betrachtete Fragen in eine gemeinsame Perspektive rücken. Obgleich dem Hofgartenwiesen-Fall, dem Herrentunnel-Fall und dem Fraport-Urteil sehr unterschiedliche Konstellationen zugrunde liegen, würden die dort aufgeworfenen Rechtsfragen dann als rechtliche Fragestellungen innerhalb eines kohärenten Problemkreises wahrnehmbar, die einen gemeinsamen

ders., in: KritV 2010, S. 111 ff. Eingehend auch *Schewe*, Das Sicherheitsgefühl und die Polizei. Siehe zu der zunehmenden Subjektivierung des polizeirechtlichen Gefahrbegriffs auch *Schlink*, in: Jura 1999, S. 169 ff.

³² *Gusy*, in: VerwArch 92 (2001), S. 344 (365), monierte das Fehlen einer solchen Theorie dementsprechend auch im Kontext des Verhältnisses von Polizei und privaten Sicherheitsdiensten im öffentlichen Raum.

Bezugspunkt aufweisen: Es geht in allen drei Fällen um die Ausübung der Versammlungsfreiheit im öffentlichen Raum. Demgegenüber wurden solche Fragestellungen bislang zumeist isoliert voneinander betrachtet. In der Konsequenz wird die (vorgebliche) Polarität von Privatrecht und öffentlichem Recht zu stark betont, während übergreifende Zusammenhänge aus dem Blick geraten.

Eine solche Herangehensweise bestimmte auch noch die Fraport-Entscheidung des Bundesgerichtshofs aus dem Jahr 2006.³³ Hingegen hat das Bundesverfassungsgericht in seiner Fraport-Entscheidung vom 22. Februar 2011 auf der Basis funktionaler, an der US-amerikanischen *public forum doctrine* orientierter Erwägungen Parallelen zwischen öffentlichen Straßen und Plätzen und sonstigen Orten eines allgemeinen kommunikativen Verkehrs hergestellt³⁴ und auf diese Weise den Anwendungsbereich der Kommunikationsgrundrechte auf semi-öffentliche Räume erweitert. Einerseits ist die *public forum doctrine* aber auch in den Vereinigten Staaten von Amerika Gegenstand heftiger Kontroversen,³⁵ andererseits passt sie sich auch nicht ohne Weiteres in das deutsche Grundrechtsverständnis ein. Das vom Bundesverfassungsgericht erzielte Ergebnis überzeugt, doch bedarf es nach der hier vertretenen Auffassung einer über den funktionalen Ansatz dieser Entscheidung hinausgehenden, deutlich breiteren grundrechtlichen Fundierung.

Dies zeigt sich insbesondere auch dann, wenn dieser mit der Fraport-Entscheidung zunächst in semi-öffentlichen Räumen zur Anwendung gebrachte Ansatz nun auf öffentliche Einrichtungen – also auf Bereiche im öffentlichen Raum im engeren Sinne, in denen das Straßenrecht nicht gilt – zurückübertragen wird, wie dies in einem Beschluss der 3. Kammer des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichts vom 20. Juni 2014 geschieht:³⁶ Es geht dort um eine Versammlung auf dem Gelände eines kommunalen Friedhofs, und zwar des Dresdner Heidefriedhofs, die sich gegen eine dort am 13. Februar 2012 veranstaltete Gedenkveranstaltung richtete. Das Bundesverfassungsgericht hebt das Urteil des Amtsgerichts Dresden, das den Beschwerdeführer wegen vorsätzlicher Störung der Ruhe und Ordnung auf einem Friedhof in Tateinheit mit vorsätzlicher Beleidigung der Allgemeinheit zu einer Geldbuße von 150 € verurteilt hatte, auf. Zur Begründung führt es aus, dass die Versammlungsfreiheit zwar kein Zutrittsrecht zu beliebigen Orten verschaffe, die Durchführung von Versammlungen jedoch dort verbürge, wo „ein kommunikativer Verkehr“ eröffnet sei. Wörtlich heißt es unter Verweis auf die Fraport-Entscheidung: „aus-

³³ Vgl. BGH, Urteil v. 20.1.2006, NJW 2006, S. 1054.

³⁴ Urteil des BVerfGE 128, 226 (251–254, bes. S. 252f.), Urt. v. 22.2.2011 – Az. 1 BvR 699/06. Dies liegt auf der Linie des vom Arbeitskreis Versammlungsrecht (s. Enders u.a., Musterentwurf eines Versammlungsgesetzes, S. 60) unterbreiteten Vorschlags für eine gesetzgeberische Regelung der Ausübung der Versammlungsfreiheit auf öffentlichen Verkehrsflächen in Privateigentum.

³⁵ Siehe dazu unten S. 597 ff., bes. auch S. 605–612.

³⁶ BVerfG, Urt. v. 20.6.2014 – Az. 1 BvR 980/13, NJW 2014, S. 2706.

schlaggebend ist die tatsächliche Bereitstellung des Ortes und ob nach diesen Umständen ein allgemeines öffentliches Forum eröffnet ist.“³⁷ Aus Sicht des Gerichts ist dies bei Friedhöfen zwar in der Regel nicht anzunehmen; aufgrund der an diesem Tag auf dem Dresdner Heidefriedhof durchgeführten Gedenkveranstaltung in diesem konkreten Fall jedoch zu bejahen.³⁸ Es gelingt dem Gericht auf diese Weise, in einem Bereich, in dem das Straßenrecht gar nicht einschlägig ist, über den in der Fraport-Entscheidung entwickelten, an die US-amerikanische *public forum doctrine* angelehnten funktionalen Ansatz zum selben Ergebnis zu kommen, wie es sonst nur im Bereich des Straßenrechts erzielt wird, wo die Eröffnung eines „kommunikative Verkehrs“ interpretativ aus dem straßenrechtlichen Verkehrsbegriff abgeleitet wird. – Es liegt nahe, dass künftig dann wohl auch im straßenrechtlich geregelten Bereich dieser funktionale Ansatz den Hintergrund für die entsprechende Interpretation des einfachrechtlichen Verkehrsbegriffs bilden wird, auch wenn das Gericht im Friedhofs-Fall zu dieser (hier nicht entscheidungserheblichen) Frage natürlich keine Aussage gemacht hat.

Soll die in der Fraport-Entscheidung vom Bundesverfassungsgericht entwickelte Forum-Doktrin³⁹ aber sogar spürbare Rückwirkungen auf den öffentlichen Raum im engeren Sinne haben, so erscheint eine vertiefte Auseinandersetzung mit diesem Ansatz nur um so wichtiger. Insbesondere wäre es erstrebenswert, über die vom Gericht in der Fraport- und in der Friedhofs-Entscheidung erzielten Ergebnisse hinaus durch eine umfassendere grundrechtliche Fundierung eine tragfähige Lösung zu finden, die nicht nur bei den Kommunikationsgrundrechten, sondern bei allen im öffentlichen Raum einschlägigen Grundrechten greift. Gleichzeitig sollte die Flexibilität, die die Argumentation des Bundesverfassungsgerichts speziell im Dresdner Friedhofs-Fall auszeichnet, erhalten bleiben, denn die Überlegung, dass eine Versammlung speziell an diesem Tag, an dem bereits eine Gedenkveranstaltung auf dem Dresdner Heidefriedhof stattfindet, durch Art. 8 GG gewährleistet sein muss, obgleich Versammlungen auf Friedhöfen im Regelfall verboten werden können, ist durchaus überzeugend.

Die Lösung könnte in dem oben schon angesprochenen ‚Recht am öffentlichen Raum‘ als Gegenstück zum ‚Recht am privaten Raum‘ liegen. Es wäre nicht allein auf Kommunikationsgrundrechte zugeschnitten, sondern würde die räumliche Seite ganz unterschiedlicher Freiheitsbetätigungen im öffentlichen Raum absichern. Die geforderte Flexibilität ergäbe sich daraus, dass ein solches Grundrecht selbstverständlich im Rahmen seiner Schrankenregelung einschränkbar wäre, also auch zwischen Regel- und Ausnahmefällen im Blick

³⁷ BVerfG, aaO., S. 2707, Rn. 16, unter Verweis auf BVerfGE 128, 226 (251 ff.).

³⁸ BVerfG, aaO., S. 2707, Rn. 19.

³⁹ Kritisch bzgl. der Annahme, dass auf dem Gelände des Frankfurter Flughafens ein ‚öffentliches Forum‘ entstehe, hingegen Pfeiffer, in: LMK 2011, 322526.

Personenregister

- Ackerman, Bruce 130f.
Alexander der Große 88
Alexy, Robert 177, 388
Arendt, Hannah 12, 15, 28f., 108, 127f.,
129f., 132–160, 168, 170, 179–181, 193f.,
201f., 208, 242f., 246, 325, 327, 444,
464, 531, 556, 650f., 674, 683
Aristoteles 53, 68, s. a. 134, 444, 498
Augé, Marc 66
Axer, Peter 122f., 547f., 555–557, 563
- Backhaus, Norman 417f.
Badura, Peter 489
Beavin, Janet H. 127
Benhabib, Seyla 132, 148, 154
Benjamin, Walter 308
v. Bismarck, Otto, Fürst 244
Black, Hugo L., Justice 601f.
de Blasio, Bill 397
Bloomberg, Michael R. 397
Bluntschli, Johann Caspar 487
Böckenförde, Ernst-Wolfgang 248–252,
256f., 491f.
Bourdieu, Pierre 308
Brunnengräber, Achim 377–380
Bücher, Karl 428
Burgi, Martin 217f., 464, 467–474, 478,
561f., 572
Burke, Edmund 139
- Cassirer, Ernst 296–299
Castells, Manuel 99f., 107
Chillida, Eduardo 316
Christo und Jeanne-Claude 317
Cohen, Joshua 182
Cox, B. Elton 600–603
- Delitz, Heike 305f., 311
Demokrit 68
- Demsetz, Harold 382f.
Durkheim, Émile 311
Dworkin, Ronald 253
- Ehlers, Dirk 4, 546, 564
Einstein, Albert 69, 71, 77, 107
Elias, Norbert 307f.
Enders, Christoph 559
Engel, Christoph 549, 567
- Feldtkeller, Andreas 212, 237, 239f., 257,
284
Fischer, Joachim 305f., 311
Forsthoff, Ernst 210, 331–336, 354–356,
371f.
Foucault, Michel 66f., 106, 230, 308
Fraser, Nancy 171
Friauf, Karl Heinrich 487–489
Fricker, Carl Victor 484–486
Fürstenhaus von Sachsen-Weimar
und Eisenach: Prinz Michael,
Prinzessin Dagmar
u. Prinzessin Leonie 624–629
- Gebeßler, August 324f.
Gebhardt, Jürgen 254f., 498
Geertz, Clifford 300
Giddens, Anthony 64, 304
v. Gierke, Otto 492f.
Gieryn, Thomas F. 305
Giuliani, Rudolph W. 397
Glos, Gabriel 528
Goebbels, Joseph 314f.
v. Goethe, Johann Wolfgang 625–627
Goldberg, Arthur, Justice 602
Grimm, Dieter 536
Gropius, Walter 313
Grotius, Hugo 418f., 425
Guggenberger, Bernd 64, 247, 596

- Gusy, Christoph 219, 258, 375, 391, 393, 659
- Häberle, Peter 33, 285, 291, 296
- Habermas, Jürgen 7, 129–132, 154–183, 189, 193–195, 208, 650
- Halbwachs, Maurice 307, 320
- Hamel, Walter 484
- Hardin, Garrett 213, 381
- Hardinghaus, Herbert 506, 513 f.
- Hassemer, Winfried 261, 264
- Hauriou, Maurice 505
- Haushofer, Karl 60
- Häußermann, Hartmut 247 f., 384
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 86, 250 f.
- Heidegger, Martin 78–80, 333
- Heilige Elisabeth (Landgräfin Elisabeth von Thüringen) 625
- Heine, Heinrich 61, 63
- Heller, Michael A. 383
- Hellermann, Johannes 328, 359
- Hermes, Georg 204, 329 f., 371
- Heß, Rudolf 60
- Heuer, Wolfgang 142 f.
- Hitler, Adolf 60, 73, 81, 84, 90
- Hobbes, Thomas 34, 388 f.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang 38, 568
- Hofmann, Hasso 143, 496–498, 523, 673
- Holmes Jr., Oliver Wendell, Justice 598 f., 607
- Hölscher, Lucian 38, 111
- Huber, Ernst-Rudolf 90, 491, 493
- Hundertwasser, Friedensreich 314
- Huntington, Samuel Phillips 269
- Jackson, Don D. 127
- Jäderblom, Helena 272–275
- Jaspers, Karl 331, 333
- Jellinek, Georg 29
- Jellinek, Walter 464 f., 469, 494, 501
- Jestaedt, Matthias 121
- Kaernbach, Andreas 315
- Kalven, Harry 600–604
- Kämmerer, Jörn Axel 353
- Kant, Immanuel 69 f., 89, 93, 115, 119, 159, 168, 190, 194, 252, 258, 293–295, 401, 403 f.
- Karavan, Dani 316
- Kelling, George L. 395–397
- Kersten, Jens 334
- Kirchhof, Gregor 26
- Kluckhohn, Clyde 297
- Koolhaas, Rem 407, 593
- Köttgen, Arnold 6, 513 f.
- Koubeck, Jochen 66
- Kowinski, William Severini 11, 17 f., 244, 589, 684 f.
- Krebs, Walter 467
- Kreye, Andrian 380
- Kroeber, Alfred Louis 297
- Krölls, Albert 353
- Kromer, Michael 504, 547, 565 f.
- Krüger, Herbert 330
- Kühne, Jörg-Detlef 446
- Laband, Paul 487 f., 492 f.
- Läpple, Dieter 71, 77
- Lassalle, Ferdinand 404
- de Laveleye, Émile 412, 428 f.
- Lefebvre, Henri 206, 210, 240
- Leibniz, Gottfried Wilhelm 69
- Lepsius, Oliver 416, 525 f., 528, 538, 548
- Lippmann, Walter 243–245
- Lockes, John 527
- Löw, Martina 71 f., 106 f., 143, 211 f., 304
- Luhmann, Niklas 130 f.
- Luther, Martin 625, 627
- Mager, Ute 415, 527
- Maihofer, Werner 293, 295
- Marchart, Oliver 55
- Marsilius von Padua 498
- Martens, Wolfgang 38 f., 121 f., 215
- Marx, Karl 152
- Massey, Calvin 598 f., 602, 607, 611
- Maunz, Theodor 565
- Mayer, Otto 121 f., 488, 503–509, 512, 515–517, 522
- Merli, Franz 509, 545–549, 564–571, 656
- Möllers, Christoph 170

- Napoleon III, franz. Kaiser 244
 Newton, Isaac 68 f., 88
 Nußberger, Angelika 272–275
- Pabst, Heinz-Joachim 353
 Papier, Hans-Jürgen 532, 535, 546
 Peters, Bernhard 171–174, 181, 195
 Pitschas, Rainer 187
 Poscher, Ralf 52, 446 f.
 v. Pufendorf, Samuel, Freiherr 294
- Ratzel, Friedrich 58–60
 Rawls, John 130 f., 404
 Rehbinder, Manfred 268
 Rehnquist, William H., Chief Justice 612
 Ribalta, Jorge 109
 Roberts, Owen J., Justice 600, 602, 606
 Röhl, Klaus F. 268
 Rohlf, Dietwalt 445
 Roost, Frank 20
 Rousseau, Jean-Jacques 252
 Rustemeyer, Dirk 297
- de Saint Phalle, Niki 317
 v. Schiller, Friedrich 625 f.
 Schlink, Bernhard 500, 561
 Schlögel, Karl 61, 65
 Schluckebier, Wilhelm 594 f.
 Schmidt-Aßmann, Eberhard 568
 Schmitt, Carl 73 f., 75, 78–93, 97, 100,
 124, 355
 Schoch, Friedrich 342
 Scholz, Rupert 187
 Schönberger, Christoph 492
 Schröder, Rainer 355
 Schultz, Hans-Dietrich 60
 Schuppert, Gunnar Folke 267, 297, 300,
 375
- Selden, John 418 f.
 Sennett, Richard 149, 318, 407
 Simmel, Georg 77, 267, 296, 307
 Skogan, Wesley G. 397
 Sloterdijk, Peter 56
 Sokrates 15
 Stahl, Friedrich Julius 491 f.
 vom (und zum) Stein, Heinrich
 Friedrich Karl, (Reichs-)Freiherr 309
 Steiner, Udo 288 f., 299 f., 327, 352 f.
 Stern, Klaus 122, 487–489, 506, 512–514,
 517, 563
 Sternberger, Dolf 498
 Stock, Martin 556 f., 559
 Stolleis, Michael 493 f.
- de Tocqueville, Alexis 497
- Virilio, Paul 63
 Vitruv 215 f., 239
 Volkmann, Uwe 375, 382, 386, 403 f., 644
 Voßkuhle, Andreas 268
- Wagner, Richard 625
 Walzer, Michael 404
 Watzlawick, Paul 127
 Weber, Max 296, 334
 Weber, Werner 515 f.
 Whitehead, Alfred North 381
 Wilson, James Q. 395–397
 Wolf, Joachim 352
 Woydt, Justus 514 f., 517 f.
- Xenophon 15
- Zenon von Kition 15
 Zimbardo, Philip 396 f.
 Zückert, Hartmut 412

Sachregister

- Affirmative Theorie/affirmative theory (s. a. speech rights)
- Agora (s. a. Vita activa) 13–16, 23 f., 112 f., 135, 137, 140, 152, 193, 206 f., 464 f.
- Airport Cities (s. Flughafen)
- Allemansrätt 423, 623 f.
- Allgemeine Handlungsfreiheit 125, 192, 211, 240, 432 f., 434, 456–459, 463, 481 f., 521, 524, 530–535, 542 ff., 570 ff., 587, 671 u. *pass.*
- Allgemeiner Gleichheitssatz 119 f., 228, 276, 285, 336 f., 497, 535 mit Fn. 554, 639 f., 641, 644, 667
- Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz bes. 231–234, s. a. 7, 236, 630 f., 640, 667
- Allgemeines Persönlichkeitsrecht bes. 437–451, 453–458, s. a. 30, 280 ff., 463, 481 f., 531, 541 f. u. *pass.*
- Kernbereichstheorie 439 mit Fn. 120, 445 ff., bes. 448 ff.
 - Persönlichkeitsrechte/Recht auf Achtung des Privat- u. Familienlebens (Art. 8 EMRK) 272, 447 (Fn. 150)
 - Persönlichkeitssphäre 445 mit Fn. 142, 456 ff., 460 u. *pass.*
 - Privatsphäre (s. a. Wohnungsfreiheit/räumliche ~) 35, 42 (Fn. 19), 55 mit Fn. 52, 95 f. mit Fn. 251 f., 232, 241, 403, 438, 440 f., 445 ff., 451, 453, 459 f. mit Fn. 199, 677, s. a. 151, 165 f., 176 u. *pass.*
 - Sphärentheorie/verschiedene Persönlichkeitssphären (Sozial-, Privat- und Intimsphäre) 280, 439 mit Fn. 120, bes. 448 ff.
- Allgemeinverkehr/faktische Herstellung von Öffentlichkeit/Orte mit allgemeiner Verkehrsfunktion 2, 5, 236 f., 426, 588, 632–635, 638, 658, 683 u. *pass.*
- Allmende/commons (s. a. öffentliches Gut) 375–408, 409–434
- Allmendefalle/Dilemma bzw. Tragik der ~ /Übernutzung der ~ 213, 375 f., 381 ff., s. a. 385, 394, 408
 - Allmendegut (s. a. öffentliches Gut) 23, 26, 378, 385, 424 f., 632
 - Aneignungsverbot 419 f., 424
 - anticommons/Tragik der anticommons/Unternutzung 376, 381 ff., bes. 383 f., s. a. 385, 408
 - Gemeineigentum (s. a. Nutzungseigentum) 378, 409–415, 417, 421 u. *pass.*
 - globale 417 ff.
 - historische Entwicklung (s. a. Markgenossenschaft) 409 ff.
 - kulturelle Allmende 626
 - moderne Erscheinungsformen der Allmendeidee 417–424, s. a. 626 ff.
 - Nutzungsrechte (Wald/freie Natur/Kulturgüter) 421 ff., 621 ff., 624 ff.
 - öffentlicher Raum als ~ /öffentliches Gut (Leitbild) 375–408 (bes. 375–385, 388, 394), s. a. 7, 212 f. u. *pass.*
 - „Ureigentum“ 409 mit Fn. 1, 412, 428 (Fn. 83)
 - Verlust/„Rückeroberung“ der ~ (bezogen auf den öffentlichen Raum) 7, 382, 384, 386 ff., 406 f., 644, 665
- Anstalt, öffentliche 121 f.
- Anstaltsgebrauch 508 (Fn. 409), 519 f., 546 f., 562 (Fn. 673 u. 675), 572
 - Benutzungsverhältnis 122
- Anstaltsstaat/anstaltsstaatliche Rechtsgewährung 4, 11, 492 f., 495, 506, 513 (Fn. 442), 516, 544, 549, 573 f., 584, 656, 672

- Architektur/-soziologie/-theorie bes.
305–314, s. a. 68, 106, 206, 215 f., 230
mit Fn. 106, 304 (Fn. 482) u. *pass.*
- Aufenthaltsverbot 233 ff., 387
- Aufklärung 113 f., 125, 154 f., 164, 168,
178 (Fn. 682), 190 f., 493 (Fn. 334)
- Automobilwelten 19
- Bahnhof, Bahnhofsareale, -passagen 19,
26, 378, 393, 428 (Fn. 82), 452, 588 u.
pass.
- Barrierefreiheit 218 ff., bes. 220–229
(s. a. Gleichheit, öffentlicher Raum
als Raum der ~)
- barrierefreier Zugang 218 ff., bes.
221 ff., s. a. 120, 191 f., 312 f., 640
 - barrierefreies Bauen 220 ff.
 - Mietrecht 222 (s. a. BVerfG, Treppen-
lift)
 - subjektives Recht auf ~ 225–229, 640
 - Verbandsklagerecht 223 f., 225 mit
Fn. 94, 227 f.
- Bauchladen/-hausierer 208 (Fn. 27), 211,
551 f. mit Fn. 628 u. 631 f., 555 mit
Fn. 647, 558, 559 f. mit Fn. 664, 586
- Bauhaus 313 f.
- Bauleitplanung 46
- Behälter-Raum/Container-Raum
(s. Raumbegriff)
- Behindertengleichstellungsgesetz
bes. 222–228, 640, 667
- Beleihung/Beliehene 348 f., 352 f.,
362–366, 372, 577 ff., 580 ff., 676 u. *pass.*
- Benachteiligungsverbot Art. 3 Abs. 3 S. 2
GG (s. a. Diskriminierungsverbote u.
Gleichheitssatz) 219 f., 222 f., 226, 228 f.,
640, 667 u. *pass.*
- Berufsfreiheit 7, 33, 241, 427 f., 432 f.,
451 f., 455 f., 586, 589 u. *pass.*
- Besitz
- ~/Sachherrschaft in öffentlicher Hand
als Grundlage des Rechts am öffentli-
chen Raum 537–541, 544 f., 571, 663,
679 f. u. *pass.*
 - Mieterbesitz (s. BVerfG)
- Betreibermodell/F-Modell nach dem
FStrPrivFinG (s. a. Privatisierung) bes.
- 344–350, 352 f., 362–367, s. a. 5, 368 f.,
372, 576 ff., 676
- Betretungsrechte (Wald/freie Natur; s. a.
Allmende) 421 ff., 567 f., 621 ff., 652, 682
- Betteln/Bettler 236, 278, 386 f., 394,
396 f., 399
- Blut-und-Boden-Politik 60, 74
- Broken-Windows-Theorie (s. a. öffentli-
che Ordnung u. Sicherheit) 394 ff.
- Brücken- und Schlüsselbegriffe,
(s. Schlüsselbegriffe)
- Bundesgerichtshof, Entscheidungen
- Bürgerschaftsvertrag 405
 - Fraport-Entscheidung 9, 51, 201, 597,
613, 618, 660, 679, 681
 - Hamburger Stadtsiegel-Fall 508, 510,
546
- Bundesverfassungsgericht, Entschei-
dungen
- Anachronistischer Zug 478 f., s. a. 242
mit Fn. 174, 244 (Fn. 186)
 - ‚Bierdosen-Flashmob‘ 1 f., 597, 619 f.,
657 mit Fn. 21, 681 u. *pass.*
 - Bürgerschaftsvertrag 405
 - Caroline von Monaco II 440 (Fn. 121),
447 mit Fn. 150, 459 (Fn. 199), 677
 - Denkmalschutz 490 mit Fn. 318
 - Dresdner Heidefriedhof 9 ff., s. a. 5
(Fn. 19), 51 (Fn. 42)
 - Elfes 449 f.
 - Fraport 1, 3, 5, 8 ff., 50 f., 470, 472,
474 f., 477 f., 499, 502, 550 f., 590 f.,
594 ff., 613 ff., 618, 636, 648, 657, 659 f.,
662, 679 ff. u. *pass.*
 - G8-Gipfeltreffen in Heiligendamm 51,
201 f. mit Fn. 779, 435, s. a. 128
 - Großer Lauschangriff 438 f., 445, 447 f.
mit Fn. 147 u. 155, s. a. 477 (Fn. 272)
 - Hamburger Deichordnung 507 mit
Fn. 404 f., 516, 527 f., 538 mit Fn. 574
 - Hamburgisches Wegegesetz 3, 507 mit
Fn. 401 u. 404, 518 ff., 522, 672, s. a. 515
 - Kfz-Kennzeichen, automatische
Erfassung 30 f.
 - Kopftuch I (Ludin – Urt. v. 24.9.2003)
259–264, 266 (Fn. 279)
 - Kopftuch II (Beschl. v. 27.1.2015) 259 f.
mit Fn. 254, 266

- Lüth 476, 682, s. a. 479 (Fn. 283), 595 mit Fn. 794
- Mieterbesitz 416, 425, 427, 429, 431, 434, 441 ff. mit Fn. 129, 528, 537 f., 541 u. *pass.*
- Münchener Frauenarzt 280 ff.
- Online-Durchsuchung 30 f., 451, s. a. 477 (Fn. 272)
- Reiten im Walde 240, 530 f., 535 f., s. a. 557 (Fn. 656)
- Sasbach 538, 570, 574 mit Fn. 733, 579 (Fn. 757)
- Sitzblockade 435, 465, s. a. 471 (Fn. 247), 577 mit Fn. 744
- Sprayer 557 mit Fn. 656 (s. a. Kunstfreiheit)
- Taubenfüttern im Park 240, 432 (Fn. 94), 435, 530 f., 535 f.
- Treppenlift 222 f., 226, s. a. 405 (Fn. 926), 416 mit Fn. 35, 431 (Fn. 91)
- Volkszählung 30, 185 mit Fn. 717, s. a. 438 mit Fn. 113, 449 mit Fn. 162
- Bundesverwaltungsgericht, Entscheidungen
 - Hofgartenwiese bes. 560 ff., 571, 573 ff., s. a. 3 f., 8, 50, 202, 429 ff., 465 f., 469, 473, 500 f., 511 f., 517, 522, 542 f., 549, 583, 658 f., 675 u. *pass.*
 - Kopftuch 259 f. mit Fn. 255, 266 (Fn. 279)
 - muslimisches Gebet in der Schule 260 mit Fn. 256
 - Scherenschnitt (s. a. Kunstfreiheit) 351 f. mit Fn. 703, 553–555 mit Fn. 638, 644 u. 647, s. a. 3 mit Fn. 6 u. *pass.*
- Burka/Niqab/Verschleierungsverbot 269–275
- Common Heritage of Mankind 215 mit Fn. 53, 418 (Fn. 44), 419 ff.
- Container-Raum (s. Raumbegriff)
- Cyberspace (s. a. virtueller Raum) 62, 65
- Dasein (M. Heidegger) 78 ff.
- Daseinsvorsorge (s. a. Infrastrukturverantwortung u. Straßennetz) bes. 326–370, s. a. 26 f., 210, 232, 371 ff., 379, 574 f. (Fn. 735), 639, 667 u. *pass.*
- Forsthoffs Konzeption der ~ 331–337, 354–356, 371 f.
- immaterielle ~ 287 (Fn. 385), 319
- Integrationsfunktion 334 f. mit Fn. 628 u. 634 (s. a. Straßennetz)
- öffentlicher Raum als Ort staatlicher ~ (Leitbild) 326–375, s. a. 390, 593, 638 f., 641 f., 644, 652
- Wandel des Leitbildes staatlicher ~ 331–342, 371
- Datenschutz 30 f., 40, 43, 46, 48, 660 f.
- Demographischer Wandel 200, 218, 222, 339 mit Fn. 653
- Demonstrationsfreiheit (s. Versammlungsfreiheit)
- Denkmalschutz (s. a. Kultur/kollektives Gedächtnis) 319 ff., bes. 321–326, s. a. 37, 45 f., 107, 120, 123 f., 192, 287 f., 291, 299, 305, 320 (Fn. 566), 490 (Fn. 318), 660 f.
- Diskriminierungsverbote
 - ~ aus Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG (s. a. Benachteiligungsverbot) 639 f., 667
 - ~ aus dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (s. a. dort) 232 f., 630 f., 640
 - ~ aus dem Behindertengleichstellungsgesetz (s. a. dort) 640, s. a. 226
 - ~ aus völkerrechtlichen Abkommen 231 f., s. a. 226 (Fn. 96)
- Disneyifizierung der Städte 20 f.
- domaine public 503 ff., bes. 505 mit Fn. 392, 507, 513
- Drittwirkung der Grundrechte (s. Grundrechtsbindung)
- Eigentum
 - Bestandsgarantie 527
 - bürgerlich-rechtliches/zivilrechtliches ~ (s. a. Eigentumsbegriff) 3, 415 f., 423 f., 484, 491, 494 f., 519 ff., 537, 541, 585, 674 u. *pass.*
 - Dispositionsfreiheit 598 ff., 607, 622, 631
 - Duldungspflichten des Eigentümers 509, 567 ff., 596 f., 618, 622 f., 630, 633 ff. mit Fn. 922, 638, 681
 - Eigentumsbegriff (s. dort)

- Eigentumsgarantie/Institutsgarantie 415 mit Fn. 29, 490 mit Fn. 318, 507 (Fn. 405), 525 ff., 538 f., 541, 563
- Eigentumsgarantie als Sachherrschaftsgarantie 526, 538
- Eigentumsschutz aus Art. 14 GG bes. 527 f., s. a. 3, 26, 416, 443, 453, 615 (Fn. 870), 653, 674, 681
- Enteignung 347, 365, 510, 515, 518, 537, 540, 624, 629
- Gemeineigentum (s. Allmende)
- Obereigentum/Untereigentum 89, 93, 413 f.
- Privatnützigkeit 430, 433, 490 mit Fn. 318, 513, 525 f., 529, 541, 544, 585, 596, 674
- Situationsgebundenheit des Grundeigentums 489 f., 634 f., 683
- Sozialpflichtigkeit/-bindung 422 f., 426 f., 489 f., 567 f., 571, 596, 620, 621 f., 630, 632–636 (Kriterien für gesteigerte ~), 637, 643, 652 f., 658, 663, 681 ff.
- Eigentum (an Grund und Boden) in öffentlicher Hand (s. a. Nutzungseigentum) bes. 483–525, s. a. 2 ff., 54 f., 413 ff., 428 ff. u. *pass.*
- als fremde Sache 2 f., 467 f., 501 ff., 522 f., 536, 542, 557, 572, 574, 583 f., 659, 671 u. *pass.*
- Bedeutung in einer demokratischen Ordnung bes. 428 ff., s. a. 93, 409, 415, 433, 503, 539 f., 599, 601 f. u. *pass.*
- eigentumsrechtlicher Ansatz 486–495 (bes. 490, 494 f.), 503, 598 f.
- Fremdnützigkeit/kein Eigentum i. S. d. Privatrechtsordnung 3, 518–520, 541, 596, 672
- Nutzungseigentum (s. dort)
- öffentliches Eigentum bes. 503–508, s. a. 3, 515 f., 518 f., 522 f.
- public property (s. dort)
- republikanischer Ansatz 486–495 (bes. 494 f.), 495–503, s. a. 430, 519 f., 523, 525, 536, 606, 656, 672 f.
- Verhältnis des Bürgers zum ~ 3, 415, 430 f., 483 f., 500 ff., 539 f., 656, 673, 679
- Eigentumsbegriff 413 ff., 486, 525 ff., 537 ff.
- bürgerlich-rechtlicher/zivilrechtlicher ~ 414 ff., 518, 539
- Differenzen zwischen dem bürgerlich-rechtlichen und dem verfassungsrechtlichen ~ 415 f., 425, 525 ff., 537 ff.
- Entwicklung des modernen ~s 413 f., 486, 539, s. a. 484 mit Fn. 290
- verfassungsrechtlicher ~ 415 f., 525 ff., 538 f.
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte, Entscheidungen
- Affaire S.A.S. c. France 271–275
- Appleby v. UK 604 f. (Fn. 833), 612 (Fn. 863), 616 Fn. 875), 619 (Fn. 887)
- Caroline von Hannover (s. a. BVerfG) 447 (Fn. 150)
- Erholung in freier Natur/Recht auf ~ 217 f. mit Fn. 61, 241, 421 ff., 481, 621 ff., s. a. 49, 215 (Fn. 49) u. *pass.*
- Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte (1789) 29 (Fn. 107), 258 (Fn. 248), 271 (Fn. 305), 476
- Erlebnisgesellschaft (s. a. Konsumgesellschaft) 595 mit Fn. 796, s. a. 18 f., 144, 153, 589, 591
- „Faktizität und Geltung“ (J. Habermas) bes. 129, 161 f., 170–179, 193 f., s. a. 180 ff. u. *pass.*
- Feministische Rechtstheorie/Philosophie 42 mit Fn. 19, 96 (Fn. 252), 110 mit Fn. 292
- Fernstraßenbauprivatfinanzierungsgesetz (s. Betreibermodell)
- Fideikommiss 413 f. mit Fn. 23 ff.
- Finanzvermögen 487 ff., 499 f., 520, 570
- First Amendment/ ~ rights (s. speech rights)
- Fiskalgrundstück 533, 535 (Fn. 554), 537, 540 f., 543, 570 f., 583 ff., 662, 675
- Fiskustheorie 500 ff., 503 f., 517, 522 f., 544, s. a. 486 mit Fn. 300
- Flächenprivatisierung 343, 351 ff., 362, 369 f., 374, 380, 595
- Flughafen
- Airport Cities/Flughafen-Cities, Flughafenstädte 1, 19 f., 588
- Barrierefreiheit 224 mit Fn. 89, 228

- forale Funktion/Versammlungsfreiheit (s. BGH u. BVerfG, Fraport)
- materielle Raumkomponente 104
- als semi-öffentlicher Raum/gleicher Zugang 233, 337
- Sicherheit/Funktionsfähigkeit des Flughafenbetriebs 568 f. (Fn. 712)
- Forum, öffentliches/Forum-Doktrin (s. a. public forum doctrine) 5, 9 ff., 50, 51 (Fn. 42), 470 ff., 475, 477, 481, 550, 590, 597, 633, 637, 657, 665 (Fn. 43)
- Fraport-Entscheidung (s. BGH u. BVerfG)
- Freiheit/öffentlicher Raum als Raum der ~ (Leitbild) bes. 241–285, s. a. 4, 6, 11, 46, 50, 151, 200, 239 f., 313, 393 f., 498, 590, 638, 656, 659, 671 u. *pass.*
- Freiheitsbetätigungen/Grundrechtsausübung/„öffentliches“ Handeln auf privatem Grund und Boden 1, 201, 469 mit Fn. 240, 588 ff., 613 ff., 618 ff., 622 f. u. *pass.*
- Freiheitsbetätigungen im öffentlichen Raum, Ortswahl/-bezug 4 f., 9 f., 281 f., 432, 435, 455 f., 463 ff., 530, 534, 572, 577, 581, 584, 595, 671, 676 u. *pass.*
- Freiheitsrechte, räumliche Dimension 2, 431 ff., 434 ff., 455 ff., 459, 463 ff., 474 ff., 530 ff., 542, 572, 583, 648, 657 f., 671 u. *pass.*
- Freizügigkeit 7, 200 (Fn. 777), 207, 241
- Fußgängerzone 550 f., 556 f., 572, 586, 677 u. *pass.*
- gated communities 200, 279, 425 (Fn. 74)
- Gefahrenabwehrverordnungen 233, 387 mit Fn. 840, 400 ff.
- Gemeingebrauch/Allgemeingebrauch 2, 6, 21, 123, 125, 351 f., 358, 360 f., 399 f., 465 ff., 471 ff., 490, 513, 519 ff., 531 ff., 549–560, 585 ff., 676 ff. u. *pass.*
- Abgrenzung zur Sondernutzung (s. a. Sondernutzung) 399 f., 551–555, 558, 583, 585 f. u. *pass.*
- als gesetzliche Folge der Widmung (s. a. Widmung) 360, 366, 368
- Anliegergebrauch/schlichter/gesteigerter ~ 361 (Fn. 749), 466, 531 f., 551 (Fn. 626), 566 f.
- Begriff/Zulassungsfreiheit 120, 360 f., 510, 519, 549
- Bundeswasserstraßen/Gewässer der I. u. II. Ordnung 363 mit Fn. 759 f.
- Gemeingebrauch, kommunikativer (s. Verkehr, kommunikativer)
- grundrechtlicher Schutz 461 (Fn. 203), 520 f., 531–535, 543, 583, 587 u. *pass.*
- grundsätzliche Gebührenfreiheit 217, 358
- sozialer Randgruppen im Straßenraum 235, 399 f.
- straßenrechtlicher ~ 51, 94, 125, 358, 366, 368, 461 (Fn. 203), 465 ff., 471, 510 f., 520, 531–535, 543, 549–560, 585 ff., 675 ff. u. *pass.*
- u. Versammlungsfreiheit/Recht zur Mitbenutzung der im ~ stehenden Straße 465 ff., 471 ff.
- Verkehrszweck als Gemeingebrauchsschranke (s. a. Verkehr) 361 (Fn. 751), s. aber auch 368, 556 f. u. *pass.*
- Gemeinwohl/-bindung/-funktion etc. 111, 178 (Fn. 682), 193, 286, 339, 342, 369, 405, 490, 566, 568, 589, 596, 622, 632, 653 u. *pass.*
- Gemischt-wirtschaftliche Unternehmen (s. a. Grundrechtsbindung) 13, 22, 340 f., 472, 613–619, 636, 643, 657, 662, 671, 679 f.
- Geodeterminismus 58 f.
- Geopolitik/politische Geographie
 - critical geopolitics 69
 - Instrumentalisierung der ~ durch das NS-Regime 58 ff., 69
 - klassische Geopolitik 58 ff., 69
 - Sozial-/Staatsdarwinismus 59 f.
- Geschwindigkeit (s. Raum/Verhältnis zur Zeit)
- Gewährleistungsstaat 331, 333, 337 ff., 354–358 u. *pass.*
- Gewährleistungsverantwortung 27, 329, 331, 338 f., 356 ff., 371, 652 ff.
- Erfüllungsverantwortung 329 mit Fn. 602, 338, 366 f., 577, 580, 582 u. *pass.*

- Regulierungsverantwortung 329, 338 f. mit Fn. 652
- weitere Verantwortungstypologien 329 mit Fn. 602
- Gewerbeausübung im Gehen oder Fahren 551 f., 559 f.
- Ghettoisierung/outcast ghettos 279
- Gleichberechtigung von Mann und Frau 264 f., 269, 272, 274 f. mit Fn. 323 u. Fn. 326 f.
- Gleichheit/öffentlicher Raum als Raum der ~ (Leitbild; s. a. Barrierefreiheit) 215 ff., bes. 218 f., 225, 228 f., s. a. 7, 11, 285, 520, 638, 656, 667 u. *pass.*
- Gleichheitssatz, allgemeiner (s. a. Benachteiligungsverbot/Diskriminierungsverbote) 119 f., 219, 228, 276, 285, 336 f., 497, 535 (Fn. 554), 639 ff., 644, 667 u. *pass.*
- Globalisierung/-sprozess 32, 64 mit Fn. 92, 66, 75, 97, 106, 198, 244, 405, 417
- Großraumordnung/-theorie, völkerrechtliche 73 f., 80 ff., bes. 81–85, 89 ff.
- Grundrechte
 - Entstehung/Formulierung ‚neuer‘ ~ 28–31, s. a. 32 ff.
 - Grundrechtsbindung gemischt-wirtschaftlicher Unternehmen 22, 613 ff., 671, 679 f.
 - Grundrechtsbindung reiner Staatsunternehmen 613, 615 f., 636 f., 678 f.
 - Grundrechtsbindung, unmittelbare 5, 22, 25, 430, 472 (Fn. 256), 499, 541, 544, 580, 583 f., 596 f. mit Fn. 800, 613 ff., 617, 619, 636, 662, 671 f., 674, 679 f.
 - mittelbare Drittwirkung der ~/mittelbare Grundrechtsbindung 25 mit Fn. 98, 189 (Fn. 743), 427, 472 (Fn. 256), 594, 596 f. mit Fn. 800, 620 f., 637, 653, 657 f., 663, 680 ff.
 - unmittelbare Drittwirkung 422
- Hamburger Stadtsiegel-Fall (s. BGH)
- Hausrecht 1, 26, 201 mit Fn. 780, 568 (Fn. 712), 590, 597, 616, 618, 678 f. mit Fn. 84 u. *pass.*
- Hausverbot 1, 233 f., 236, 590, 596 f., 616, 619 f., 679 (Fn. 83), 681
- Herrentunnel-Fall (s. Lübecker Herrentunnel)
- Infrastrukturverantwortung (s. a. Daseinsvorsorge) 328 ff., bes. 329–331, 357–374 (bes. 361 f., 366–374), s. a. 326
- Integration, soziale/öffentlicher Raum als Raum der ~ 245–257 (bes. 245–248, 254 ff.), s. a. 162, 182 (Fn. 701), 257, 262 ff., 285, 300, 429, 590, 663 f.
- Interdisziplinarität/Transdisziplinarität/interdisziplinärer Diskurs 37–40 mit Fn. 1, 47, 50 f., 52 mit Fn. 45, 53 ff., s. a. 68, 74 ff., 103, 117 f., 191, 230, 296, 388, 392 u. *pass.*
- International Seabed Authority 420
- Internet (s. a. virtueller Raum) 31, 62 (Fn. 77), 64, 75, 97 f., s. a. 99, 102, 104, 199 u. *pass.*
- IT-Grundrecht (s. Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme)
- Kernbereichslehre/-theorie (s. allgemeines Persönlichkeitsrecht)
- Kommunikationsgrundrechte/-freiheiten (s. a. speech rights) 5 ff., 9 f., 35, 120 f., 124, 182–189, 192, 195, 241 f., 244 f., 432 f., 481, 531, 551, 586, 593 ff., 616 ff. u. *pass.*
- Kommunikationsnetzwerke 174, 180 ff., 195, 208, s. a. 129
- Kommunikationsraum 6, 129, 180 f., 186, 188 f., 192, 195, 199, 207 ff., 214, 650 u. *pass.*
- Kommunikationsverfassung des Grundgesetzes 183 ff., bes. 186–191, 195, 209, s. a. 160, 179, 214
- Kommunikativer Verkehr (s. Verkehr u. Gemeingebrauch)
- Konflikt/Konfliktkultur 266–284 (bes. 266–268, 278 f.) u. *pass.*
- Konfrontationsschutz 279 mit Fn. 355, 280 ff., 284
- Konsumgesellschaft/-orientierung (s. a. Erlebnisgesellschaft) 18, 144, 147 f., 152 ff., 166 ff. (bes. 168), 193, 257, 590, 664, s. a. 279, 352 u. *pass.*

- Konzessionsmodell (s. a. Privatisierung) 344 ff., 353, 356, 362, 366, 372
- Kopftuch-Streit (s. a. BVerfG u. BVerwG) 259–266, 269, 273
- Kultur/kollektives Gedächtnis eines Gemeinwesens (s. a. Architektur u. Denkmalschutz) 285–326, 373, s. a. 50, 591 u. *pass.*
- Kulturbegriff (s. dort)
 - Kulturdenkmal (s. a. Denkmalschutz) 123 mit Fn. 362, 321 ff., s. a. 120, 286 f. (Fn. 383), 380
 - Kulturförderung/-pflege 286 ff., 290 ff., 299, 303, 305, 314 f., 317, 319
 - Kulturgüter, öffentliche Zugänglichkeit (s. a. öffentlicher Nießbrauch) 624 f., 627–630, s. a. 632
 - Kulturhoheit (Länder/Gemeinden) 288–292
 - Kulturraum, öffentlicher 16, 632, s. a. 325 f.
 - Kulturstaatlichkeit 33, 50, 214, 277, 285–295, 299, 312, 325 f.
 - Kulturstaatsklausel/-n 286 f., 289
 - Kulturverfassungsrecht 291 f.
 - Kulturverwaltungsrecht 292
 - öffentliche Räume als ‚Erinnerungsräume‘ 325 f., s. a. 319 (Fn. 562)
 - öffentlicher Raum als Ort des kollektiven/kulturellen Gedächtnisses (Leitbild) 285–326 (bes. 285, 303, 305, 312, 319 ff., 325), s. a. 46, 48, 50, 324, 373, 380, 383, 591 f., 625, 661 u. *pass.*
- Kulturbegriff 285 f., 288, 292–299, 302 f., 305
- im engeren/im weiteren Sinne 292 f., 299
 - kulturwissenschaftlicher ~ 292, 296 ff., 300 f.
 - soziologischer ~ 288, 299 ff.
 - staatswissenschaftlicher ~ 293 ff., 299, s. a. 300 ff.
- Kunstfreiheit/Kunst 34, 207 f., 241, 244 f., 287 f., 291, 313–319, 351 f., 383 f., 478 f., 553 ff., 557 f., 594 u. *pass.*
- Anachronistischer Zug (s. BVerfG)
 - Kunst am Bau 314 ff., 318 f.
 - Kunst im öffentlichen Raum/public art/new genre public art/street art 313 ff., 317 f.
 - öffentliche Räume als ‚Räume der Kunst‘ 305, 313–319, 326
 - Scherenschnitt (s. BVerwG)
 - Sprayer-Beschluss (s. BVerfG)
 - Straßenkunst 241 f. mit Fn. 174, 351 f., 478 f. mit Fn. 279, 553 ff., 557 f., 594, s. a. 7, 16, 25, 207 u. *pass.*
- Leasingmodell (s. a. Privatisierung) 344 f., 353, 362, 366, 372
- Leitbilder, normative 8, 11, 38 (Fn. 5), 39, 43–48, 50, 57, 104, 198 ff., 203 ff., 209 f., 214–408, 590 ff., 640 f., 648 f., 651 f. u. *pass.*
- Entwicklung, Funktion und Wirkung 39, 43–48, 50, 198, 200, 209 f., 213 f., 640 f., 648 f., 651 u. *pass.*
 - für den urbanen öffentlichen Raum 214–408 (s. Allmende, Daseinsvorsorge, Gleichheit, Freiheit, Kultur/kollektives Gedächtnis eines Gemeinwesens, urbaner öffentlicher Raum usw.)
 - Probleme bei der Umsetzung im urbanen öffentlichen Raum 590 ff.
 - Verhältnis zu den Grundrechten 50
- Lübecker Herrrentunnel/~-Fall bes. 576–583, s. a. 5 f., 8 f., 51, 216 f. mit Fn. 57, 330, 343 ff., 349 f. mit Fn. 695 u. Fn. 697, 365 (Fn. 768), 378 f., 573, 585, 648, 653, 659, 669, 676 u. *pass.*
- Malling of America/Germany 11, 15, 17 f., 243 ff., 380, 589, 684 f.
- Manganknollenabbau (s. Meeresbodenregime)
- Markgenossenschaft 410, 412 (Fn. 12), 413 (Fn. 19), 414
- Marktplatz/Markt (s. a. Agora u. Straße) 14 ff., 24, 112, 153, 203–207, 214, 216, 300, 465, 580, 588 f., 664 f., 683 u. *pass.*
- arabische Stadt/Suk 204
 - (ideen-)geschichtliche Perspektive 14 ff.
 - ‚lebendige Marktplätze‘ (Shopping-Malls) 17 f., 588 f., 664 f., 683

- paradigmatische Bedeutung für den urbanen öffentlichen Raum 203–207 (bes. 206 f.), 214, 216, 580
- Massenmedien 129 f. mit Fn. 390, 167, 172 (Fn. 651), 174, 180, 186
- Maut/-gebühr 5, 216 f., 344, 346–350, 366 f., 372, 378, 577 ff., 585, 676
- Mediengesellschaft/-raum/neue Medien 41, 166 f., 180 f., 189, 208, 650, 652
- Meeresbodenregime, internationales/Abbau von Manganknollen bes. 419–421, 424, s. a. 102, 104, 124 f., 197, 215 mit Fn. 53, 419 f.
- Meinungsfreiheit (s. a. Kommunikationsfreiheiten, -verfassung, Forum, öffentliches u. Verkehr, kommunikativer) 1, 7, 25, 28, 34, 116, 121, 125 f., 164 f., 184 ff., 192, 280 ff., 474 ff., 524, 536 u. *pass.*
- Bedeutung im öffentlichen Raum/für die Demokratie 28, 34, 121, 125 f., 185, 192, 241 f., 476 f., 595 u. *pass.*
- demokratische Meinungs- und Willensbildung/-prozesse 172, 174 ff., 182, 185 f., 189, 194 f., 241 f., 594, s. aber auch 243 ff. u. *pass.*
- in semi-öffentlichen Räumen (s. dort)
- öffentliche Meinung (s. a. Öffentlichkeit) 164 f., 167, 170, 241 f.
- speech rights (s. dort)
- Lüth-Entscheidung (s. BVerfG)
- Münchener Frauenarzt-Fall (s. BVerfG)
- Raumbezug im Verhältnis zur Versammlungsfreiheit 474–478
- raumkonstitutive Bedeutung 477
- räumliche Bedingungen der Ausübung der ~/Verwiesenheit auf den öffentlichen Raum 28, 241 f., 368 f., 474 ff., 595 u. *pass.*
- Shopping-Mall Cases (s. public forum doctrine)
- Menschenwürde 29, 143, 272, 276, 293, 336, 441, 446 f. mit Fn. 147, 448 ff., 457, 495 ff., 523 f., 544, 569, 672 f.
- als Staatsfundamentierungsnorm 143 f., 496 ff., 523 f., 673, s. a. 293
- negative Definition/positive Dimension 485 (Fn. 297), 496 mit Fn. 349
 - u. allgemeines Persönlichkeitsrecht 446, 448 ff., 457
 - u. Autonomieprinzip 293, 485 (Fn. 297), 497, 523 f.
 - u. Burkaverbot/Religion 272, 274
 - u. republikanische Fundierung bundesdeutscher Staatlichkeit/des öffentlichen Raums 495, 498, 523 f., 544, 569, 672 f.
 - u. Wohnungsfreiheit 441, 449
- Mieterbesitz (s. BVerfG)
- Mietrechtsreformgesetz 222
- Mobilität 7, 63, 327 f., 335 mit Fn. 635, 433 (Fn. 95)
- Monroe-Doktrin 84 f. mit Fn. 201
- network society 99 f.
- Netzwirtschaft 99, 329 f., 379
- Neutralitätsgebot/-pflicht 253 f. mit Fn. 234, 261 ff., 277 f. (Fn. 344 u. 347), 287 f., 319 u. *pass.*
- Niqab (s. Burka)
- Nomos 73, 87 f.
- Nürnberger Rassengesetze 74
- Nutzungs Eigentum bes. 425–434, s. a. 3 ff., 413–421, 482 f., 498 f., 502 f., 521–525, 528 ff., 533 f., 536, 538 f., 541–545, 557 f., 663, 667, 672 ff. u. *pass.*
- Differenzierung zwischen Verfügungs- und Nutzungsrechten 431, 502 f., 521, 525, 528, 539, 544, 569 f., 616 u. *pass.*
- Gemeineigentum (s. a. Allmende) 414 f., 425, 429 f., 433 f. u. *pass.*
- als Grundlage des Rechts am öffentlichen Raum 432, 434, 482, 522, 524, 528 f., 536, 541, 570 f., 659, 616, 672 f. u. *pass.*
- Rechenschaftspflicht/Rechtfertigungslast bei Freiheitsbeschränkungen (s. a. Freiheitsrechte, räumliche Dimension) 431 f., 502, 521 f., 524, 533, 541, 543 f., 557 f., 572, 584 f., 617, 672, 675 u. *pass.*
- treuhänderische Aufgabenwahrnehmung/Bindung der Verfügungsbefugnis 4, 430, 433, 499, 502, 521, 524 f., 533, 541, 544 f., 570, 585, 616, 672 u. *pass.*

- un-/mittelbares Nutzungsrecht der Bürgerinnen und Bürger bes. 519 f., s.a. 430 f., 433 f., 502 (Fn. 380)
- Verfügungsbefugnis der öffentlichen Hand bes. 533 ff., s.a. 431 f., 521, 539 ff., 543 ff., 570, 584, 587, 675 u. *pass.*
- Verhältnis des ~s des Volkes als Bürgerverband zum individuellen Grundrecht 433 f., 498, 520 f., 524, 673
- Nutzungsoffenheit/-vielfalt (s. urbaner öffentlicher Raum)
- Nutzungsregime (s.a. Recht der öffentlichen Sachen) 24 ff., 105, 108, 215, 376, 381 f., 385 f., 408, 419 ff., 425, 524, 533 f., 543 ff., 655 u. *pass.*
- als Weg aus der ‚Allmendefalle‘ 376, 381 mit Fn. 824, s.a. 385, 408, 425
- Ausgleich konkurrierender Nutzungsansprüche 24 f., 378, 381, 385, 534, 545
- Auswirkungen der Privatisierung 24 ff., 376, 408
- öffentlich-rechtliches/privatrechtliches 24 ff., 372, 378, 385, 519, 539 f., 544, 584
- raumkonstitutive Bedeutung 105, 108, 655
- u. Recht am öffentlichen Raum 524 f., 534, 543, 575 f., 587 u. *pass.*

- Öffentliche, das/Öffentlichkeit, die 38, 108–195, 650 u. *pass.*
- Begriff/Begriffsgeschichte 38, 108 f., 111–117, 119, 155, 191, 203 f., 372 mit Fn. 793, 650, s.a. 134 u. *pass.*
- bürgerliche Öffentlichkeit 42 (Fn. 19), 163 ff. mit Fn. 601 u. Fn. 621
- faktische Herstellung von Öffentlichkeit (s. Allgemeinverkehr)
- historische Perspektive 163 ff.
- kommunikativer Aspekt 7, 113 f., 116, 126 mit Fn. 368 f., 129, s.a. 130 ff., 161 f. mit Fn. 582, 179 ff., 183 ff., 650 u. *pass.*
- literarische Öffentlichkeit 164, 166 mit Fn. 609
- politische Öffentlichkeit (s.a. Meinungsfreiheit) 42 (Fn. 19), 154 ff., 164 f., 167, 170, s.a. 129 ff., 170 ff., 181 ff. mit Fn. 701, 193 ff., 200 f., 596 u. *pass.*
- publicus 112 f., 203 f.
- Rechtsbegriff 118–124, 565 (Fn. 690), s.a. 45 ff., 215, 656, 660 f.
- „Refeudalisierung“ (J. Habermas) 166 f. mit Fn. 621
- Teilöffentlichkeiten 129, 180 f., 191, 194, 318
- Theorien des Öffentlichen 108 f., 129 ff., 132–183
- Verfallsgeschichte/Zerfallstendenzen 132, 144, 146–154, 163, 165–170, s.a. 318
- Öffentliche Einrichtung 2 ff., 9 ff., 50, 469 f., 473 f., 500, 511 f., 521 f., 524 f., 533 f., 542, 547, 549 f., bes. 560 ff., 572 ff., 581, 583 f., 659, 666, 684 u. *pass.*
- Dresdner Heidefriedhof (s. BVerfG)
- Hofgartenwiese (s. BVerwG u. Sonderbenutzungserlaubnis)
- Inkonsistenzen im Verhältnis zum Straßenrecht (s.a. dort u. Verkehr) 2 ff., 470, 473 f., 547, 561 ff., 573, 583, 684 u. *pass.*
- u. das Recht am öffentlichen Raum 5, 10 f., 50, 521 f., 524 f., 533 f., 572, 574, 581, 584, 659, 684 u. *pass.*
- u. Versammlungsfreiheit (s. BVerwG, Hofgartenwiese)
- Öffentliche Ordnung (s.a. Allmende, soziale Randgruppen u. Sicherheit) 8, 235 f., 388 ff., 394 ff., bes. 400–408
- Broken-Windows-Theorie (s. dort)
- Kritik am Begriff 401
- Renaissance des Begriffs ~/neue Moralisierung von Recht u. Politik 236, 402–408
- Öffentlicher Nießbrauch an Kulturgütern in Privatbesitz 621, 624–630, 632, 637, 682
- Öffentlicher Raum (s.a. Öffentliche, das bzw. Raum u. urbaner öffentlicher Raum)
- allgemeine Zugänglichkeit 196 f., 216 ff., 302, s.a. 112, 650 u. *pass.*
- als Raum/Ort der [...] (s. Leitbilder u. unter dem jeweiligen Stichwort)
- als spezifische Kategorie des politisch-sozialen Lebens (s.a. Öffentliche,

- das/Öffentlichkeit) 113 ff., 117, 129–191 (bes. 129 f., 132 ff., 145, 191 f.), 209, 242, 650 f. u. *pass.*
- Definition/Neudefinition 42
- freiheitliche Funktion (s. Freiheit/ öffentlicher Raum als Raum der Freiheit u. Freiheitsbetätigungen im öffentlichen Raum)
- im engeren Sinne bes. 2, 214 ff., 237 ff., 241 ff., 384 ff., 545 ff., 663 ff., 668, 674 ff., s. a. 11, 26, 378, 425 f., 428, 542, 632 u. *pass.*
- Kategorien/unterschiedliche öffentliche Räume 12 f., 199 f., 649
- Kommunikationsraum (s. dort)
- materielles Substrat des öffentlichen Raumes (s. a. Eigentum in öffentlicher Hand u. urbaner ~) 3 f., 55, 124, 199 f., 301, 326, 539, 673, 679 f. u. *pass.*
- Medienraum (s. Mediengesellschaft/ Medienraum)
- Natur- und Landschaftsraum 49, 128, 201, 214 f. mit Fn. 49, 218 (Fn. 61), s. a. 12, 199, 248, 652
- Nutzungsoffenheit/-vielfalt (s. urbaner öffentlicher Raum)
- öffentliche Resträume 285, 373 f., 384 f. mit Fn. 832, 408, 664
- „Raum aus Räumen“/Teilräume 199, 650 mit Fn. 6, s. a. 41, 44 f., 48 f., 94 f., 99, 128 f., 144, 197 ff., 661 u. *pass.*
- Recht am öffentlichen Raum/Recht auf öffentlichen Raum (s. dort)
- Recht des öffentlichen Raums als Rechtsgebiet (s. dort)
- semi-öffentliche Räume (s. dort)
- Theorie des öffentlichen Raumes (s. dort)
- urbaner öffentlicher Raum (s. dort)
- Verfallstendenzen/Verlust (s. Allmende)
- virtueller Raum (s. dort)
- Wandlungsprozesse 1–28, bes. 1, 6 ff., 13 ff., 17 ff., 22 f., 669, 671 u. *pass.*
- Öffentliche Sache/Recht der öffentlichen Sachen 503–516, 545–587, s. a. 122 f., 363, 466, 568 u. *pass.*
- Begriff 122 f., auch 359 f., s. aber 546 (Fn. 594), 562 (Fn. 673), 567 f.
 - dualistische Konstruktion/modifiziertes Privateigentum bes. 508–512, 512 ff., 516 ff., 522 f., 525, 544, 546, s. a. 360 (Fn. 745), 488, 502 (Fn. 378), 504 f., 540, 562 f. u. *pass.*
 - Entstehung durch Widmung (s. a. dort) 359 f., 363 f., 570
 - Gemeinwohlfunktion 514, 546 (Fn. 594), 566
 - im Anstaltsgebrauch (s. Anstalt, öffentliche)
 - im Gemeingebrauch (s. dort)
 - im Verwaltungsgebrauch 473, 508 (Fn. 409), 546 ff.
 - Inkonsistenzen/Kritik am Recht der öffentlichen Sachen 2 ff., 122 f., 500, 545–549, 675, s. a. 4, 546 („Trümmerhaufen“) u. 567 (Fn. 705), 576, 684 mit Fn. 98 (Abschied vom ~)
 - Lösungsstrategien im Hinblick auf erkannte Defizite (s. a. Verkehr, kommunikativer) 549–560, 564–587, 662 f., 675 ff. u. *pass.*
 - monistische Konstruktion 503–508, 512 ff., 516 ff., 522 f., 525, 540, 544, 662
 - öffentliche Einrichtung (s. dort)
 - öffentliche/öffentlich-rechtliche/hoheitliche Sachherrschaft 122, 360, 473, 503, 505, 509 ff., 515 ff., 546, 547 f., 562 f., 567, 569 f., 662 f. u. *pass.*
 - öffentliche Straße (s. Straße, öffentliche)
 - Perspektivenwechsel hin zu öffentlichem Nutzungsrechten (F. Merli) 547, 564–571, 656, s. a. 509 (Fn. 421)
 - *res publicae* in publico usu 123
 - Sondernutzung/Sonderbenutzung/Sondergebrauch (s. dort)
 - Status als ~ 359 f., 516, 519 f., 547 ff., 567, 569 f., 630, s. a. 351, 363 (Fn. 759 f.), 368, 562, 656 u. *pass.*
 - Status als ~ (Straße) u. private Betreiber 343, 577, 653
 - tatsächlich öffentliche Sachen 630 f.
 - u. Recht am öffentlichen Raum 11, 571–587, 675–678 u. *pass.*
 - Variationen der dualistischen u. monistischen Konstruktion der ~ 512–516

- Öffentliches Gut (s. a. Allmende) 23, 28, 375–386, 425, 567f., 632, 652, 665, 682
- Definition aus soziologischer u. wirtschaftswissenschaftlicher Sicht 376f.
 - öffentlicher Raum als ~ 23, 28, 375 ff., 378f., 381 ff., 384 ff., 388 ff., 652, 665, 682 u. *pass.*
 - Privatisierung öffentlicher Güter 23, 27, 339–342, 377–380, 383 f., 425, 568, 632, 670
- Platzverweis 233 ff., 386f., s. a. 125 (Fn. 365)
- Polis (s. a. Vita activa) 13–16, 23, 112, 135 ff., 139 ff. mit Fn. 448, 149f., 156 (Fn. 543), 157 ff., 168, 181, 193 f., 242f.
- Privatautonomie 23 f., 26f., 236, 405, 566, 570f., 622, 630 ff., 638 u. *pass.*
- Privater Raum (s. Wohnungsfreiheit/ Recht am privaten Raum)
- Private Stadtquartiere/Potsdamer Platz 1, 17f., 25f., 50, 330, 342f., 351 f., 367, 370, 374, 392f., 588, 594f., 631, 635, 638
- Privatisierungen (s. a. öffentliches Gut) 2, 5 ff., 17 ff., 22–28, 32, 331, 338–353, 354 ff., 357f., 362 ff., 371 ff., 376 ff., 383 f., 405, 408, 425, 593 ff., 631, 668 ff. u. *pass.*
- Auswirkungen im öffentlichen Raum 5 ff., 22 ff., 27f., 331, 351 f., 370, 376–380, 383 f., 408, 425 mit Fn. 74, 593, 595, 649, 664 ff., 668 ff. u. *pass.*
 - Erhalt der Funktionen des öffentlichen Raumes 32, 331, 369f., 373f., 380, 593, 636, 654, 669 ff., 684f. u. *pass.*
 - ‚hybride Rechtsregime‘ durch ~ 22, 75, 379, s. a. 588
 - Privatisierungsfolgenverantwortung 338f. mit Fn. 652, 357 ff., 653, s. a. 371, 642, 649
 - Privatisierungsformen/Typologien 339 ff., 342 ff., 352f., 357 (Fn. 726)
 - Privatisierungsgrenzen 339 (s. a. 440–442), 357f., 668–671
- Privatrecht (s. a. Eigentum u. öffentliche Sache) 9, 22–27, 405, 522, 661 ff. u. *pass.*
- Entwicklungsphasen im Verhältnis von ~ u. öffentlichem Recht 22–27, 486
 - Publizierung des Privatrechts 23, 26f., s. a. 405 (Gemeinwohlbindung)
 - Verhältnis von ~ u. öffentlichem Recht 9, 27, 355 mit Fn. 718, 522, 525, 548, 568 mit Fn. 709, 661 ff. u. *pass.*
 - public forum doctrine/forum based approach (s. a. Forum) bes. 597–613, s. a. 5, 9f., 374, 470 ff., 619, 621, 633, 637, 657, 681f.
 - expressive activities (s. a. speech rights) 598 (Fn. 802), 609, 611
 - non-public forum 608, bes. 609–612, 637
 - public forum 599, 603f., 608–612, 637
 - Shopping-Mall Cases 597 ff., bes. 604 ff., s. a. 153, 245, 465, 478
 - speech rights (s. dort, s. a. Meinungsfreiheit)
 - traditional/designated (un-/limited) public forum 608–612
 - Public-Private-Partnership/PPP-Projekte 216, 350, 362, 367, 582, 631
 - public property (s. a. public forum doctrine) 597 ff., 605–608, 611
 - property rights approach/property based approach 605 mit Fn. 835, 607, 608 (Fn. 845), 611
 - republikanische Lesart 605 ff., 611
- Raum/Räume
- Codierungen/Symboliken/Lesbarkeit/Zuschreibung von Bedeutungen 70f., 106, 128, 230, 301f., 304 ff., 308 ff., 444 u. *pass.*
 - Enträumlichung 61, 64 (Fn. 90), 67
 - Ortlosigkeit/ortlos 61, 64, 158, 180f., 317 (Fn. 550), 530, 650
 - Raumbewusstsein 87f., 92
 - Raum der Freiheit/Gleichheit usw. (s. Freiheit/Gleichheit usw.)
 - Raumkonzeptionen, unterschiedliche (s. dort)
 - ‚Raumrevolution‘ 73, 82, 88f.
 - Reflektion von Selbst- und Weltbildern 306, 308
 - spatial turn 60–68, 72, 318, 657f.

- Verhältnis von Raum und Zeit 61 ff., 65 ff.
- Raubegriff 58 ff., 61, 66–72 u. *pass.*
- absoluter Raum/Behälterraum/
Container-Raum 53 f., 68 f., 78, 92, 103, 199, 444 ff., 447 mit Fn. 148, 448, 450 ff., 454, 460 f., 541 f., 652 f.
- Alltagsverständnis 53, 68 f., 446, 148, s. a. 97
- dynamischer ~ 71 (Fn. 131), 92, 100, s. a. 157
- nationalsozialistische Kontamination des ~s 58 ff., 61
- relativer/relationaler ~ 69, 71 f., 107, 444, 447 (Fn. 148), 649, 652 f.
- Raumkonzeption, physikalische 68 f., 71, 77, 107, 447 (Fn. 148)
- Raumkonzeption, rechtswissenschaftliche 93–108, 124 f., 196 f., 200 ff., 655 u. *pass.*
- Anschlussfähigkeit sozialwissenschaftlicher ~en 75 ff., 93 f., 100, 107, 649
- Differenzierungen zwischen unterschiedlichen Räumen 95 ff., 197
- dynamischer Charakter 48, 101, 103, 107 f., 199 f., 202
- materielle Raumkomponente/(erd-)räumliches Substrat/'Hardware' 101, 104, 107 f., 124 f., 196, 200 ff., 302, 539, 649 f., 655 u. *pass.*
- Orts- und Raumgebundenheit des Rechts 75, s. a. 100 (Fn. 261)
- raumkonstitutive Bedeutung/
Raumrelevanz von Rechtsnormen 101 ff., 105, 107 f., 192, 196, 302, 649 f., 655 u. *pass.*
- relativer/relationaler Raumbegriff 76, 93 f., 101, 103 f., 107, 124 f., 192, 196, 199 f., 202, 212, 301 f., 444–451, 454, 460 ff. u. *pass.*
- soziales Handeln/raumrelevantes Verhalten 211 f., s. a. 105, 107, 124 f., 196, 200 ff., 302, 445, 539, 650, 655
- Zusammenfassung 101, 196, s. a. 650
- Raumkonzeptionen, sozialwissenschaftliche 70 ff., 75 ff. u. *pass.*
- Adaption des physikalischen Raumbegriffs (seit Einstein) 71, 77, 107, 649
- Materialität des Raumes 70 f. mit Fn. 131, 106 f., 304, 311 u. *pass.*
- relativer/relationaler Raumbegriff 71 f., 75, 77, 100
- soziale ‚Produktion‘ von Raum/Raum als soziales Phänomen/ gesellschaftliches Konstrukt 71, 75 ff., 95, 107, 211, 444
- „space of flows“ 107
- Raumkonzeption, weitere Ansätze 66 ff., 95, 99, 104 u. *pass.*
- Recht auf Erholung in freier Natur (s. Erholung in freier Natur)
- Recht auf Gewährleistung der Vertraulichkeit und Integrität informationstechnischer Systeme/IT-Grundrecht (s. a. BVerfG/Online-Durchsuchung) 30 f., 96
- Recht am öffentlichen Raum/Recht auf Nutzung des öffentlichen Raumes bes. 409–638 (zusammenfassend 433 f., 523 ff., 583 ff., 636 ff.), 671–683, s. a. 2 ff., 10 ff., 27 ff., 50, 125 f., 192, 532 ff., 648, 652, 654, 656, 658 ff., 662 f., 668, 684 u. *pass.*
- Asymmetrie im Schutz der räumlichen Dimension von Freiheit (s. a. Recht am privaten Raum) 35, 455, 458, 530 f., 542, 671 f.
- grundrechtsdogmatische Verortung/
Einordnung 434–545 (bes. 525–541, 544), zusammenfassend 541 ff. u. *pass.*
- in statu nascendi 32–36
- in Verbindung mit Spezialfreiheitsrechten bes. 535 f., s. a. 432 f., 459 f., 481, 521 f., 531, 543, 572, 575, 580 f., 671, 675 u. *pass.*
- Schutz der räumlichen Dimension der allgemeinen Handlungsfreiheit/
allgemeine Nutzungsfreiheit 432, 521, 530 ff., 536, 542 f., 574 f., 587, 671, 675, 678 u. *pass.*
- Recht am privaten Raum (s. Wohnungsfreiheit)
- Recht auf informationelle Selbstbestimmung (s. a. BVerfG, Volkszählung) 30, 43, 393, 437, 482

- Recht auf öffentlichen Raum
 bes. 638–645, 667–671, s. a. 11 f., 27 f.,
 32 ff., 35 f., 374, 654, 663, 648, 654, 656
 u. *pass.*
- als originärer Leistungsanspruch
 642–645, 668, s. a. 337, 467 (Fn. 222),
 639, 654 u. *pass.*
 - als Zugangs- und Teilhabean-
 spruch 639–642, 644, 656, 667 ff.,
 s. a. 11
- Recht der öffentlichen Sachen
 (s. öffentliche Sache)
- Recht des öffentlichen Raumes
 (als Rechtsgebiet) 1, 219, 641 mit
 Fn. 941, 647 f., 661
- Religionsfreiheit/Religion (s. a. Kopf-
 tuchstreit u. Burkaverbot) 249 ff.,
 258–266, 269–278, s. a. 7, 207 f., 237,
 253, 255 ff. mit Fn. 243, 266 f., 480 u.
pass.
- res extra commercium (s. a. öffentliche
 Sache) 507, 510, 523, 544
- res nullius 418 f., 488, 513, 563
- Sachherrschaft in öffentlicher Hand
 (s. Besitz u. öffentliche Sache)
- Schleusenmodell, soziologisches
 (B. Peters) 171 ff., 181, 194 f.
- Schlüsselbegriffe 37 ff., 40, 51 f., 110,
 s. a. 156, 547
- Schutzpflichten, staatliche/Schutzauf-
 trag 34, 273, 336, 653 f., 668 ff.
- Segregation/-sprozesse 7, 47, 230, 257,
 279, 384, 408, 590, 664
- Semi-öffentliche Räume (s. a. öffentlicher
 Raum) bes. 588–596, 652 ff., s. a. 2, 5,
 12 f., 18 f., 22, 50, 376, 378, 384 f., 393,
 408, 426 ff., 568, 604 ff., 644, 660, 664,
 668 ff. u. *pass.*
- Ausübung der Meinungs- und
 Versammlungsfreiheit (s. a. BVerfG,
 ‚Bierdosen-Flashmob‘ u. Fraport bzw.
 Forum, öffentliches) 1, 7, 25 f., 28,
 594 f., 604 ff., 616 f., 618 ff., 633 ff., 636,
 681 ff. u. *pass.*
 - Entstehung durch privatautonome
 Entscheidung/privates Eigentum als
 ‚materielles Substrat‘ semi-öffentlicher
 Räume 426, 632, 634, 638, 658
 - im engeren Sinne 12 f., 596 f., 618–636,
 680–683, s. a. 637 f., 643, 648, 653 f.,
 657 f.
 - im weiteren Sinne 12 f., 613–618,
 678–680, s. a. 619, 636 f., 643, 648, 657,
 662, 671 f.
 - Rechtsstellung/Inpflichtnahme der
 privaten Betreiber bes. 596 f., 613 ff.,
 618 ff., 632 ff., s. a. 5, 25 f., 426 f., 588 ff.,
 657, 680 ff. u. *pass.*
 - Simulation von öffentlichem Raum 1,
 5, 20, 589, 591 f., 632, 635, 658, 680, 683
 mit Fn. 96, s. a. 206 (Fn. 16)
 - Sozialbindung des Eigentums in
 semi-öffentlichen Räumen i. e. S. und
 Parlamentsvorbehalt 596, 618 ff., 637,
 657 (Fn. 21), 681 f.
- semi-privater Raum/Semi-Privatheit
 (s. a. öffentlicher Raum) 12, 19, 199
- Shopping-Mall Cases (s. public forum
 doctrine)
- Shopping-Malls/-Center/Urban
 Entertainment Center (s. a. Mallung u.
 semi-öffentliche Räume) 17 f., 22, 25 f.,
 245, 588 ff., 595, 635, 638, 664 f., 683 mit
 Fn. 96 u. *pass.*
- Sicherheit 388–402, s. a. 32, 34, 43 f., 48,
 231, 358, 557, 578 f., 585, 592 u. *pass.*
- dienende Funktion 227 (Fn. 99),
 388–394, 408, 661
 - Freiheit und Sicherheit 8, 389 f., 661
 - objektive Sicherheitslage 7, 390 ff.,
 665 f., 684
 - öffentliche Sicherheit 235, 272 f., 388,
 399–402, 408, s. a. 111
 - ‚Privatisierung‘ 8, 236, 351, 378, 394,
 619 f., 664
 - Sicherheitsdiskurse 7 f., 41, 47, 376,
 389 ff., 394 ff., 398, 649, 665, 684
 - subjektives Sicherheitsgefühl (s. a.
 Zumutung) 7, 390 ff., 393 f., 665 f., 684
- Sonderbenutzungserlaubnis (s. a. BVerfG,
 Hofgartenwiese) 4, 469, 511 f., 549,
 560 ff., 573, 575, 583 f., 675
- Sondergebrauch 360 f., 519 f.

- Sondernutzung/-serlaubnis (s. a. Gemeingebrauch) 6, 21, 45 f., 211, 302, 351 f., 360 f., 368, 399 f., 473, 511, 540, 549, 551–559, 583 ff., 661, 675 ff., s. a. 105 u. *pass.*
- Abgrenzung zum Gemeingebrauch (s. dort)
 - Ausgleichs- u. Verteilungsfunktion 554 f. mit Fn. 645, 558 f., 586, 677
 - erlaubnisfreie/genehmigungsfreie ~ 351 f., 554 mit Fn. 643
 - Gebühren 511, 559
 - nicht erlaubnisfähig ~ 399 f.
- Sondernutzungssatzung 233, 387, 399 f.
- soziale Randgruppen (s. a. Gemeingebrauch u. öffentliche Ordnung) 7, 16, 105 (Fn. 275), 233–236, 384, 386 ff., 391, 396 f. mit Fn. 883, 398 ff., 402 f., 408, 592
- spatial turn (s. Raum)
- speech rights/First Amendment rights (s. a. public forum) 599–611
- Affirmative Theorie/affirmative theory/participatory approach 605–607, 611
 - negative Theorie/negative theory 605–607, 611
- Stadt (s. a. private Stadtquartiere, Straße u. urbaner öffentlicher Raum)
- als „Integrationsmaschine“ 246–248
 - Eigenlogik einer Stadt 46, 106, 304, s. a. 311
 - europäische Stadt 15 (Fn. 62), 204–207, 240, 302, 320
 - islamische Stadt 204
 - nordamerikanische Stadt 205 f.
 - Nutzungsoffenheit/-vielfalt/Funktionsvielfalt (s. urbaner öffentlicher Raum)
 - Sauberkeit/Säuberung 386, 395 mit Fn. 878, 398, 406 f., 665 mit Fn. 45, s. a. 47 f.
- Stoa 14 f.
- Straße/öffentliche Straße/Straßenraum (s. a. urbaner öffentlicher Raum)
- als „Bühne des Politischen“ 55, s. a. 206 mit Fn. 18
 - als (essentielles) materielles Substrat des urbanen öffentlichen Raumes 55, 124, 192, 330, 326–328, 330, 367, 370 u. *pass.*
 - als Kommunikationsraum (s. a. dort) 6, 207 ff. (bes. 208), s. a. 129
 - als „Mehrzweckinstitut“/Multifunktionalität 6, 204, 207, 239, 327, 361 f., 367 f., 372 f., 513, 535, 556 ff., 582, 585, 652 f. u. *pass.*
 - als öffentliches Forum (s. Forum, öffentliches u. public forum-doctrine)
 - „Die Straße gehört dem Volke“ 455, 465–468, 494, 503, 520, s. a. 433
 - Einstufung der ~ (s. a. Widmung) 360
 - Integrationsfunktion der ~/des Straßennetzes 326–328, 330 mit Fn. 607, 336 mit Fn. 638, 373 mit Fn. 797, 595 f. u. *pass.*
 - paradigmatische Bedeutung (s. a. Marktplatz) 6, 203–207, 216, 327, 556, 580 u. *pass.*
 - raumkonstitutive Bedeutung 328
 - Straße im straßenrechtlichen Sinne/öffentliche Straße (s. a. Widmung) 359 mit Fn. 740, 364, 370, 372, s. a. 351, 470, 473, 580 u. *pass.*
 - tatsächlich öffentliche Straße/öffentlicher Verkehrsraum 45, 330, 343, 351 f., 362, 367–370, 374
 - Trigger-Funktion des Begriffs ~ 535, 542, 572, 580 (Fn. 761), 617, 677
 - Verkehrsfunktion im engeren Sinne (s. a. Verkehr) 6, 201, 331, 360 f., 367 f., 370, 373 f., 379, 556 ff., 579, 581 f., 586, 638, 653 u. *pass.*
- Straßenbaulast/-träger (s. a. Betreibermodell u. Lübecker Herrentunnel) 347–350, 359, 362 ff. (bes. 363, 365 ff.), s. a. 372, 517, 540 u. *pass.*
- Straßenkunst/-künstler (s. Kunstfreiheit/Kunst)
- „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (J. Habermas) 163–170, s. a. 42 (Fn. 19), 111 (Fn. 296), 154 ff., 161 f., 174 f., 181 ff., 194 u. *pass.*
- Symbole/Symbolik (s. a. Raum) 61, 75, 106, 230, 254, 262, 264 f., 269, 272, 274,

- 296–301, 305 f., 308–312, 319, 325, 393 u. *pass.*
- Theorie des öffentlichen Raumes (Grundzüge) 196–202, 647–666, s. a. 8 f., 11 f., 39–57, 57 ff. u. *pass.*
- formale ~ u. materielle Konzeptionen für seine Teilräume 196–202
 - Elemente einer rechtswissenschaftlichen ~ (s. a. Leitbilder, Raumkonzeption, rechtswissenschaftliche [zusammenfassend 650] u. Recht am öffentlichen Raum) 649–654
 - Funktion einer rechtswissenschaftlichen ~ 647–649
 - Rolle des Rechts in einer ~ 655–666
- UN Behindertenrechtskonvention 226 f.
- Universaldienste 338 f.
- Urbaner öffentlicher Raum (s. a. öffentlicher Raum) 214–241 u. *pass.*
- als allen frei zugänglicher Ort (s. a. Barrierefreiheit u. Diskriminierungsverbote) 215–237, 241, 639 ff., 667 u. *pass.*
 - „Besetzung“/Aneignung durch bestimmte Gruppen (s. a. soziale Randgruppen) 105 f. mit Fn. 275, 230 f., 386 ff., 559, 585
 - Leitbilder für den urbanen öffentlichen Raum (s. dort u. Einzelstichworte)
 - materielles/erdräumliches Substrat (s. a. Eigentum in öffentlicher Hand/Straße) 55, 124, 326 ff., 330, 367, 370, 409, 433, 618, 650 u. *pass.*
 - Nutzungsoffenheit/-vielfalt/Funktionsvielfalt bes. 214 ff., 237–241, s. a. 8, 21, 45, 204, 211, 257, 284, 373, 376, 385, 392 f., 408, 520, 556, 590, 632, 635, 663, 676, 684 u. *pass.*
 - öffentlicher Raum als Raum vitaler Urbanität und Vielfalt (Leitbild) 214–241
 - „urbaner Traum“ 237–241
- Verkehr 334 ff., 358–364, 367, 379, 471, 549–560 u. *pass.*
- Allgemeinverkehr (s. dort)
 - Festlegung des Verkehrszwecks/der spezifischen Verkehrsfunktion der Straße (s. a. Widmung) 358 ff., bes. 360 ff. u. *pass.*
 - kommunikativer Verkehr/Gemeingebrauch bes. 549–560, s. a. 3, 6, 9 f., 51, 331, 351 f., 379, 461, 471, 478, 522, 542 u. *pass.*
 - Verkehrsbegriff 550
 - Verkehr/-swesens als Teil der Daseinsvorsorge nach E. Forsthoff (s. a. Infrastrukturverantwortung) 334 ff.
- Vernunft-/anspruch der Aufklärung/kommunikative ~/Räsonnement 109, 113 f., 130 f., 155, 161, 164, 166, 167 (Fn. 621), 168 ff. mit Fn. 624, 177, 190 f., 293 f. u. *pass.*
- Versammlungs-/Demonstrationsfreiheit (s. a. Forum, öffentliches) 1–10, 51, 429 f., 435, 464–480, 576 ff., 595 ff., 600 f., 675 f. u. *pass.*
- Bedeutung für den öffentlichen Raum und für die Demokratie bes. 464 f., s. a. 28, 34, 125, 183 f., 186, 200, 241 f., 476, 595 u. *pass.*
 - „Bierdosen-Flashmob“ (s. BVerfG, Entscheidungen)
 - Fraport-Entscheidung (s. BGH u. BVerfG, Entscheidungen)
 - Hofgartenwiesen-Entscheidung (s. BVerwG)
 - Lübecker Herrentunnel/~-Fall (s. dort)
 - Ortswahl bes. 435, 464 ff., s. a. 51, 102, 437 f., 482, 557, 577, 581, 584
 - Sonderstellung/Inkorporation des Bezugs zur Straße in den Schutzbereich 4, 463 ff., 468–480, 530, 536 u. *pass.*
 - Verhältnis des Grundrechts zum Recht der öffentlichen Sachen (s. a. BVerwG, Hofgartenwiese) 3 f., 473, s. a. 575, 584 u. *pass.*
- Verschleierungsverbot (s. Burka)
- Verwaltungsvermögen 487 f., 570
- Videoüberwachung 40, 43 f., 46, 393, 661
- Virtueller Raum 61 f., 64 ff., 97 ff., 101, 104, 197 ff., 649, 655 u. *pass.*
- „digitale Nachbarschaften“/„digitale[s] Nirwana“ 64

- ‚Hardware‘ 649, 655
- Verschwimmen der Grenze öffentlich/privat 199
- „Vita activa“ (H. Arendt) (s. a. Agora u. Polis) 132–160, 179, 181, 193f., 201 f., 208, 242f., 246, 325, 327, 444, 464, 531, 650 u. *pass.*
- „Volk-ohne-Raum“-Konzept 60
- Widmung (s. a. Straße u. Verkehr) 358–370, 372f., 429ff., 506, 509f., 521 f., 532ff., 546f., 560ff., 666, 678 u. *pass.*
- Begriff 359
- durch Hoheitsakt/(dinglichen) Verwaltungsakt/Gesetz/Rechtsverordnung 122, 363f. mit Fn. 759f., 522, 546
- durch ~ begründete öffentlich-rechtliche Sachherrschaft eines öffentlich-rechtlichen Sachherrn (s. a. öffentliche Sache) 122, 360
- Entwidmung/Teilentwidmung 532ff., s. a. 105, 429, 432, 513f., 543, 572
- Funktion (s. a. Gemeindegebrauch) 360
- Geltung des Gesetzesvorbehalts 431, 546
- Kritik (s. a. öffentliche Sache/Recht der öffentlichen Sachen) 546ff.
- straßenrechtliche Widmung 351, 358, 360–368, 370, 372f., 509ff., 521 f., 534f. mit Fn. 552f., 537, 584 u. *pass.*
- Widmungszweck 3f., 431, 512, 514, 522, 534, 540, 543, 550f., 560ff., 573, 575ff., 581, 583 u. *pass.*
- Wirkungen (s. a. öffentliche Sache, Straße u. Verkehr) 359f., 364, 366, 505f., 508ff. mit Fn. 419, 521, 534f., 570
- Wohnungsfreiheit/Recht am privaten Raum bes. 440–453, 454f., 456f., 458f., 482, s. a. 2f., 10, 28, 35, 481 f., 529f., 541, 585, 658, 671 u. *pass.*
- Begriff der Wohnung 440f. mit Fn. 122, 443 mit Fn. 134, 444
- Gedankenexperiment 437–455, 463, 529, 541
- privater Raum/Privatsphäre, räumliche (s. a. allgemeines Persönlichkeitsrecht) 436ff., bes. 440–447, 449, s. a. 35, 102, 302, 454ff., 460ff. u. *pass.*
- Raumbegriff/zwei unterschiedliche Raumbegriffe 444–451, 454, 460f., 541f.
- Recht am privaten Raum 2f., 35, 440ff. (455), 456ff., 541 u. *pass.*
- Schutzberechtigte 439, 443
- Schutzbereich/Schutzgegenstand 445 mit Fn. 142, 451 f., 456ff.
- Trigger-Funktion des Wohnungsbegriffs 451, 454, 460ff., 535, 542, 572, 617 (Fn. 878), 677
- Zero-Tolerance-Strategie (s. a. Broken-Windows-Theorie) 394f., 397, 398ff.
- Zumutung/(urbaner) öffentlicher Raum als Raum der ~ 236, 245f., 258–284, 393
- der Folgen politischen/eigenen Handelns 278–284
- des Freiheitsgebrauchs der Anderen am Bsp. der Religionsfreiheit 258–266
- ~en des Fremden 269–278
- von Unsicherheitsgefühlen 393f.